



14. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur - Videokonferenz

Gremium: Ausschuss für Kultur
Sitzungstermin: Donnerstag, 11.02.2021, 17:30 Uhr
Ort, Raum: Raum 0.090, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, 14469 Potsdam
Link zur Videokonferenz: <https://rathaus-potsdam.webex.com/rathaus-potsdam/j.php?MTID=m86d7ad7c1df5f43d3a9ee58eaef2cb8>

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 19.11.2020 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.1 Glockenspiel Einreicher: Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke
20/SVV/0859

- 4 Mitteilungen der Verwaltung
 - 4.1 Berichterstattung zum Monitoring der Kultur und Kreativwirtschaft Einreicher: Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Wirtschaftsförderung
20/SVV/0892
 - 4.2 Bessere ÖPNV-Anbindung für die Schiffbauergasse Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur
20/SVV/1293
 - 4.3 Bürgerhaushalt 2015/16 - Rechenschaftsbericht Einreicher: Oberbürgermeister, Steuerungsunterstützung
20/SVV/1393

- 4.4 Bürgerhaushalt 2017 - Rechenschaftsbericht Einreicher: Oberbürgermeister,
20/SVV/1394 Steuerungsunterstützung
- 4.5 Neukonzeptionierung der Ständigen
Ausstellung des Potsdam Museums - Forum für
Kunst und Geschichte
- 4.6 Aktueller Stand: Netzwerk KulturMachtPotsdam
- Aktionstag 13.03.2021
- 4.7 Inselbühne Freundschaftsinsel/ Plastiken vom
Staudenhof
- 4.8 Festivalförderung 2021
- 5 Sonstiges



Niederschrift

12. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur

Sitzungstermin:	Donnerstag, 19.11.2020
Sitzungsbeginn:	17:30 Uhr
Sitzungsende:	19:20 Uhr
Ort, Raum:	Potsdam-Museum, Veranstaltungssaal, Am Alten Markt 9, 14467 Potsdam

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Carsten Linke DIE aNDERE

Ausschussmitglieder

Frau Dr. Sarah Zalfen	SPD	
Herr Nico Marquardt	SPD	
Frau Janny Armbruster	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Saskia Hüneke	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Sascha Krämer	DIE LINKE	
Herr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg	DIE LINKE	
Herr Dr. phil. Wieland Niekisch	CDU	Vertretung für: Frau Anna Lüdcke CDU

sachkundige Einwohner

Herr Klaus-Rainer Dallwig	CDU
Frau Beate Goreczko	Die aNDERE
Frau Dr. Karin Schröter	DIE LINKE
Herr Christian Wendland	Bürgerbündnis

Vertreter der Beiräte

Herr Peter Mundt	DIE LINKE
Herr Thomas Zander	Beirat für Menschen mit Behinderungen

Fachbereichsleiterin Kultur und Museum

Dr. Birgit-Katharine Seemann

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Anna Lüdcke	CDU	entschuldigt
Herr Oliver Stiffel	AfD	nicht entschuldigt

zusätzliches Mitglied

Frau Dr.med. Carmen Klockow	Bürgerbündnis	entschuldigt
-----------------------------	---------------	--------------

Vertreter des zusätzlichen Mitgliedes

Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis	entschuldigt
----------------------	---------------	--------------

sachkundige Einwohner

Frau Christine Anlauff	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
Herr Yann Eric Hohdorf	Freie Demokraten	entschuldigt
Herr Roman Kuffert	AfD	nicht entschuldigt
Herr Frank Reich	SPD	entschuldigt

Beigeordnete

Frau Noosha Aabel	Geschäftsbereich 2	entschuldigt
-------------------	--------------------	--------------

Schriftführer/in:

Frau Heike Schreiber Fachbereich Kultur und Museum

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 10.09.2020 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 3 Präsentation zur Neukonzeptionierung der Ständigen Ausstellung des Potsdam
Museums - Forum für Kunst und Geschichte
- 4 Straßenbenennungen / Straßennamenpool
- 4.1 Würdigung von Frauen durch Straßenbenennungen
Geschichtswerkstatt Rotes Nowawes
- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 5.1 Umbenennung des Luisenplatzes in "Platz des 4. November"
Vorlage: 19/SVV/1107
Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
Wiedervorlage
- 5.2 Ausschusszuständigkeitsordnung
Vorlage: 20/SVV/0514
Einreicher: Fraktionen
Wiedervorlage
- 5.3 Für die Erweiterung des Mahnmals gegen Faschismus und Krieg auf dem Platz
der Einheit /Einreichen
Vorlage: 20/SVV/1181
Einreicher: Fraktion CDU
- 6 Mitteilungen der Verwaltung
- 6.1 Berichterstattung zum Monitoring der Kultur und Kreativwirtschaft
Vorlage: 20/SVV/0892
Einreicher: Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Wirtschaftsförderung
- 6.2 Bessere ÖPNV-Anbindung für die Schiffbauergasse
Vorlage: 20/SVV/1293
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische
Infrastruktur
- 6.3 Sachstand zum Aufbau einer zentralen Anlaufstelle für Zeitzeugen im Potsdam
Museum
- 6.4 Berichterstattung - Gedenkort Bücherverbrennung
- 6.5 Zwischenbericht in der aktuellen Corona-Pandemie

NEU Gedenktafelkommission

7 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Herr Linke eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 10.09.2020 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Linke stellt die Anwesenheit von 8 stimmberechtigten Mitgliedern und somit die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Auf Nachfrage, ob es Einwände gegen den öffentlichen und nichtöffentlichen Teil der Niederschrift vom 10.09.2020 gebe, gibt es eine Wortmeldung von Herrn Zander. Er bittet darum, dass seine Funktionsbezeichnung im Protokoll verändert wird.

Die Niederschrift des öffentlichen Teils und des nicht öffentlichen Teils wird einstimmig **bestätigt**.

Herr Linke informiert, dass der TOP 3 „Präsentation zur Neukonzeptionierung der Ständigen Ausstellung des Potsdam Museums – Forum für Kunst und Geschichte“ aufgrund der Corona Pandemie auf den nächsten Kulturausschuss verschoben wird.

Auf Nachfragen von Herrn Dr. Scharfenberg und Frau Hüneke, warum die Präsentation nicht vorgestellt werden könne, antwortet Frau Dr. Seemann, dass durch die Verordnung zur Eindämmung der Pandemie in Zusammenhang der Ausschusssitzungen nur ein Vertreter der Verwaltung anwesend sein dürfe. Aus diesem Grund ist die Anwesenheit eines Vertreters des Potsdam Museums nicht möglich, da sie selbst bereits die Verwaltung vertritt.

Herr Linke schlägt vor, dass zusätzlich als Punkt 6.6 die Funktion des Kulturausschusses in Bezug der Gedenktafelkommission mit aufgenommen wird.

Unter Punkt 7 - Sonstiges wird Frau Dr. Seemann über die Aufstellung der Skulptur „Quo Vadis“ am Steubenplatz berichten.

Die Tagesordnung wird einstimmig **bestätigt**.

u 3 Präsentation zur Neukonzeptionierung der Ständigen Ausstellung des Potsdam Museums - Forum für Kunst und Geschichte

Zurückgestellt.

zu 4 Straßenbenennungen / Straßennamenpool

zu 4.1 Würdigung von Frauen durch Straßenbenennungen

Geschichtswerkstatt Rotes Nowawes

Dem Antrag auf Rederecht von Herrn Dr. Klett wird einstimmig **zugestimmt**.

Herr Dr. Klett bedankt sich für das Rederecht und schildert die Arbeit des Vereins Geschichtswerkstatt Rotes Nowawes. Die Geschichtswerkstatt habe sich u. a. mit der Geschichte von Frauen der Nowaweser Arbeiterbewegung befasst. Es handele sich hierbei um Frauen, die selbst den Mut hatten sich in der Politik zu engagieren und die in der Wohlfahrt tätig waren. Die Geschichtswerkstatt möchte, dass die bedeutenden Frauen durch die Benennung von Straßen, Plätzen und Parks geehrt würden.

1. Olga Bathe
2. Anna Kamin
3. Wally Lehnert
4. Martha Ludwig
5. Anna Müller
6. Friedel Springer
7. Gertrud Henkel

Frau Anna Kamin wurde bereits mit Beschluss vom 15/SVV/0047 vom 01.04.2015 in den Straßennamenpool aufgenommen.

Frau Armbruster bedankt sich bei Herrn Dr. Klett für die Arbeit. Sie begrüßt das Bedürfnis, dass bei Straßenbenennungen mehr Frauennamen Verwendung finden und findet die Kriterien der Auswahl sehr bemerkenswert. Sie plädiert für die Auswahl, die Herr Dr. Klett vorgestellt hat.

Herr Dr. Scharfenberg dankt ebenfalls der Initiative. Er hebt hervor, dass durch die Arbeit der Geschichtswerkstatt, die Geschichte aufgearbeitet und bewahrt werde. Sein Vorschlag wäre, die Frauen in den Namenspool aufzunehmen, aber diese nicht nur für Straßen in Babelsberg vorzusehen, sondern für das gesamte Potsdamer Stadtgebiet.

Frau Dr. Zalfen begrüßt die Vorschläge und dankt auch der Initiative der Geschichtswerkstatt. Sie wünsche sich ebenfalls mehr Straßenbenennungen von Frauen. Durch die Namen würde das Interesse von Bürgern geweckt, mehr über die einzelnen Personen zu erfahren.

Frau Hüneke schließt sich ihren Vorrednern an. Sie finde den lokalen Bezug zum Nowawes sehr wichtig und ziehe die Möglichkeit in Betracht, mit Schildern an den Wohnhäusern an die Frauen zu erinnern.

Herr Dr. Klett teilt mit, dass die Namen nicht zwingend in Babelsberg vergeben werden müssten. Er sei offen dafür, dass diese auch im gesamten Potsdamer Stadtgebiet Anwendung fänden. Er könne sich auch vorstellen, dass Grünflächen bzw. Plätze nach den Frauen benannt würden.

Herr Linke stellt den Antrag zur Aufnahme der Frauennamen der Nowaweser Arbeiterbewegung in den Straßennamenpool, mit Ausnahme von Anna Kamin (da schon vorhanden), mit der Empfehlung der stadtweiten Verwendung, zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig **angenommen**

zu 5 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 5.1 **Umbenennung des Luisenplatzes in "Platz des 4. November"**

Vorlage: 19/SVV/1107

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE

Wiedervorlage

Herr Linke bringt den Antrag der Fraktion Die aNDERE ein.

Herr Dr. Niekisch spricht sich gegen die Umbenennung aus. Der Luisenplatz sei nach Luise von Mecklenburg-Strelitz, der späteren Königin Luise, benannt worden. Von der Geschichte der Hohenzollern sei in Potsdam seines Erachtens nicht viel übriggeblieben. Aus diesem Grunde solle man sich nicht auch noch von diesem historischen Sachverhalt distanzieren.

Herr Dr. Scharfenberg begrüßt den Antrag.

Frau Hüneke spricht sich für die Beibehaltung des Namens aus. Das Denkmal von Mikos Meiniger, welches an die Friedliche Revolution am 04. November 1989 erinnere, sei genug Ausdruck für die Bedeutung des Platzes.

Frau Goreczko befürwortet eine Namensänderung.

Herr Wendland schließt sich Frau Hüneke an und plädiert für keine Namensänderung.

Herr Linke bezweifelt, dass die Geschichte der Prinzessin Luise für Potsdam bedeutender sei als die Demonstration am 04.11.1989.

Frau Hüneke findet es schade, dass hier die Geschichtsinterpretationen gegeneinandergestellt würden.

Herr Linke stellt den Antrag zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Kultur empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Der Luisenplatz wird anlässlich des 30. Jahrestages der Großdemonstration für

demokratische Grundrechte und Veränderungen in der DDR zeitnah in „Platz des 4. November“ umbenannt.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Stadtverordnetenversammlung spätestens im Januar 2020 über den Sachstand zu unterrichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4
Ablehnung: 4
Stimmenthaltung: 0

Der Antrag wird **abgelehnt**.

zu 5.2 Ausschusszuständigkeitsordnung

Vorlage: 20/SVV/0514

Einreicher: Fraktionen

Wiedervorlage

Den Mitgliedern des Ausschusses für Kultur wurde vorab folgender gemeinsam erarbeiteter Änderungsvorschlag der Fraktionen SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen zugeschickt:

Der Ausschuss ist zuständig für:

- Alle Angelegenheiten des kulturellen Lebens und der Kulturpolitik der Stadt,
- Beschlussvorlagen der Stadtverordnetenversammlung, die das künstlerische und kulturelle Leben betreffen, alle Angelegenheiten der Träger der Kultur, der Soziokultur und der Kulturgesellschaft der Stadt
- Angelegenheiten zur Erweiterung oder Einschränkung von Kulturangeboten sowie von Standorten und Förderprogrammen,
- Belange der Kultur- und Kreativwirtschaft,
- Angelegenheiten der kulturellen Bildung
- Benennung von Straßen und öffentlichen Plätzen.
- Erinnerungs- und Gedenkkultur
- Jugendsoziokultur
- Fortschreibung der kulturellen Leitlinien

Der Ausschuss wird durch die Verwaltung informiert über wichtige Angelegenheiten:

- bei der Besetzungsverfahren von Leitungspositionen,
- bei Juryverfahren und
- bei wirtschaftlichen Belangen der Träger.

Herr Linke begrüßt die eingebrachten Änderungen. Aus seiner Sicht müsse noch ergänzt werden, dass der Ausschuss durch die Verwaltung in wichtigen Angelegenheiten der Gedenktafelkommission, informiert wird.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Daraus ergibt sich folgende Änderungsempfehlung des § 10 der

Ausschusszuständigkeitsordnung:

§ 10 Ausschuss für Kultur

Der Ausschuss ist zuständig für:

- **Alle** Angelegenheiten des kulturellen Lebens **und der Kulturpolitik** der Stadt ~~von~~ erheblicher Bedeutung,
- Beschlussvorlagen der Stadtverordnetenversammlung, die das **künstlerische und** kulturelle Leben betreffen, **alle Angelegenheiten der Träger der Kultur, der Soziokultur und der Kulturgesellschaft der Stadt**
- ~~Angelegenheiten freier Träger der Kultur und der Kulturgesellschaft der Stadt,~~
- **Angelegenheiten zur Erweiterung oder Einschränkung von Kulturangeboten sowie von Standorten und Förderprogrammen,**
- **Belange der Kultur- und Kreativwirtschaft,**
- **Angelegenheiten der kulturellen Bildung**
- Benennung von Straßen und öffentlichen Plätzen.
- **Erinnerungs- und Gedenkkultur**
- Jugendsoziokultur
- **Fortschreibung der kulturellen Leitlinien**

Der Ausschuss wird durch die Verwaltung informiert über wichtige Angelegenheiten:

- **bei der Besetzungsverfahren von Leitungspositionen,**
- **bei Juryverfahren,**
- **der Gedenktafelkommission und**
- **bei wirtschaftlichen Belangen der Träger.**

Die so geänderte Ausschusszuständigkeitsordnung wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Kultur empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Ausschusszuständigkeitsordnung als Anlage zur Geschäftsordnung (gemäß Anlage 1)

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen.**

zu 5.3 Für die Erweiterung des Mahnmals gegen Faschismus und Krieg auf dem Platz der Einheit /Einreichen
Vorlage: 20/SVV/1181
Einreicher: Fraktion CDU

Herr Dr. Niekisch bringt den CDU-Antrag ein.

Die AfD verzichtet durch Nichtteilnahme auf die Antragseinbringung des Änderungsantrags.

Frau Dr. Zalfen lehnt den Inhalt des Antrages rundweg ab. Gedenken müsse konkret sein und dürfe nicht der Verallgemeinerung dienen. Sie hält den Antrag für politisch fahrlässig. Die Landeshauptstadt Potsdam habe ein ausgewogenes Erinnerungskonzept.

Frau Dr. Seemann betont, dass das Erinnerungskonzept der Landeshauptstadt Potsdam ein eindeutiges konkretes Gedenken vorsehe. Sie teilt mit, dass das Ensemble auf dem Platz der Einheit nicht nur ein Mahnmal sei, sondern auch ein Kunstwerk im öffentlichen Raum mit urheberrechtlichem Schutz. Das Mahnmal stehe für seine Entstehungszeit und wäre somit ein zeitgeschichtliches Dokument, das zu erhalten sei.

Herr Linke lehnt den Antrag ebenfalls ab und habe gehofft, dass die CDU den Antrag zurückzieht. Er finde der Antrag entspräche sehr der Intension der AfD.

Frau Hüneke schließt sich den Ausführungen von Frau Dr. Zalfen, Herrn Linke und Frau Dr. Seemann an.

Herr Niekisch weist die Nähe zur AfD zurück. Das formelhafte Vorgehen von Frau Dr. Zalfen kritisiere er.

Herr Dr. Scharfenberg kritisiert ebenfalls den Antrag und macht deutlich, dass Gedenkkultur ein hochsensibles Thema sei. Die Antragsteller würden dieser Thematik nicht gerecht.

Frau Goreczko lehnt den Antrag ebenfalls ab.

Herr Linke stellt den Änderungsantrag der Fraktion AfD vom 30.10.2020 zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig **abgelehnt.**

Herr Linke stellt den Ursprungsantrag der Fraktion CDU zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:
Zustimmung: 1
Ablehnung: 7
Stimmenthaltung: 0

Der Antrag wird **abgelehnt.**

zu 6 Mitteilungen der Verwaltung

zu 6.1 Berichterstattung zum Monitoring der Kultur und Kreativwirtschaft **Vorlage: 20/SVV/0892** Einreicher: Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Wirtschaftsförderung

Frau Hüneke sieht die Vorlage als einen guten Ansatz an, jedoch fehle ihr die flächendeckende Einbeziehung der gesamten Kultur- und Kreativwirtschaft.

Herr Zander bemängelt in dieser Vorlage den fehlenden barrierefreien Zugang für Menschen mit Behinderung.

Frau Armbruster macht deutlich, dass die Vorlage ergebnislos sei. Aus ihrer Sicht handle es sich nicht um ein Monitoring.

Frau Dr. Zalfen vermisst in der Vorlage Auskünfte über Steuereinschätzungen, Steuereinnahmen und Umwegrentabilitäten.

Die Ausschussmitglieder bitten um Beantwortung der aufgeworfenen Fragen. Die abschließende Kenntnisnahme erfolgt daran anschließend. Die Vorlage wird bis dahin zurückgestellt.

zu 6.2 Bessere ÖPNV-Anbindung für die Schiffbauergasse

Vorlage: 20/SVV/1293

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur

Herr Linke äußert Kritik an der Vorlage. Aus seiner Sicht seien die Antworten nicht befriedigend. Es sei nicht nachvollziehbar, warum die Verlängerung der Buslinie 692 vom Klinikum zur Glienicker Brücke als nicht sinnvoll erachtet wird, nur, weil dieser keinen Anschluss an die S- oder Regionalbahn habe. Sinnvoll wäre die Verlängerung jedoch für die Potsdamer/innen. Er bittet dahingehend um eine Stellungnahme.

Die Ausschussmitglieder bitten um Beantwortung der aufgeworfenen Frage. Die abschließende Kenntnisnahme erfolgt daran anschließend. Die Vorlage wird bis dahin zurückgestellt.

zu 6.3 Sachstand zum Aufbau einer zentralen Anlaufstelle für Zeitzeugen im Potsdam Museum

Frau Dr. Seemann erläutert den Aufbau einer zentralen Anlaufstelle für Zeitzeugen im Potsdam Museum. Die Personalstelle der Mitarbeiterin im Potsdam Museum wurde für diese Tätigkeit seit Mai 2020 aufgestockt. Die Anlaufstelle wird u.a. mit folgenden Einrichtungen zusammenarbeiten: Gedenkstätte Lindenstraße, LAKD, Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße, F.C. Flick Stiftung gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus in Intoleranz, Geschichtswerkstatt Rotes Nowawes

Die Kulturausschussmitglieder haben keine Nachfragen und nehmen die Ausführungen von Frau Dr. Seemann zur Kenntnis.

zu 6.4 **Berichterstattung - Gedenkort Bücherverbrennung**

Frau Dr. Seemann erläutert den weiteren Verfahrensweg der Verwaltung in Form eines Beteiligungsverfahrens. Die Konkretisierung wird zu einem späteren Zeitpunkt im Ausschuss vorgestellt.

Die Kulturausschussmitglieder haben keine Nachfragen und nehmen die Ausführungen von Frau Dr. Seemann zur Kenntnis.

zu 6.5 **Zwischenbericht in der aktuellen Corona-Pandemie**

Frau Dr. Seemann informiert über die geplante Verteilung der im Haushalt eingestellten 500.000 € für die Kultur (s. Anlage zur Niederschrift). Abzüglich der 4%igen Haushaltssperre verbleiben 485.000 €.

Die Verteilung ergibt sich aus der beiliegenden Anlage, plus 50.000 € für die Initiative KulturMachtPotsdam.

Die Mitglieder des Kulturausschusses bekräftigen die Überführung der noch verbleibenden Gelder in das Jahr 2021 zur weiteren Verwendung für die Kultur.

Die Kulturausschussmitglieder nehmen die Ausführungen von Frau Dr. Seemann zustimmend zur Kenntnis.

NEU **Gedenktafelkommission**

Herr Linke erläutert die aktuelle Praxis der Arbeit der Gedenktafelkommission und die diesbezüglich teils widersprüchliche Darstellung im Internet. Er schlägt vor, dass alle Personaländerungen der Kommission dem Kulturausschuss angezeigt werden sollen und dass die erarbeiteten Gedenktafeltexte vor Auftragsvergabe dem Kulturausschuss zur Kenntnis gegeben werden.

Die Ausschussmitglieder diskutieren darüber, welche Funktion der Kulturausschuss für die Gedenktafelkommission in Zukunft haben könne. Insbesondere gehe es darum, ob im Kulturausschuss jeder Antrag der Gedenktafelkommission zur Abstimmung eingebracht werden sollte.

Frau Hüneke spricht sich dafür aus, dass der Kulturausschuss nur bei Veränderungen bzw. wichtigen Entscheidungen angefragt würde.

Herr Dr. Niekisch ist der Auffassung, dass nicht alle Anträge der Gedenktafelkommission im Kulturausschuss behandelt werden sollten, sondern einer wissenschaftlichen Prüfung bedürfen.

Herr Dr. Scharfberg ist der Meinung, dass eine regelmäßige Berichterstattung völlig ausreichend sei.

Herr Krämer hinterfragt, wer für den Text zur Gedenktafel Kapp-Putsch verantwortlich zeichnet.

Frau Dr. Seemann antwortet, dass die Gedenktafel auf Grundlage eines wissenschaftlichen Gutachtens zum Kapp-Lüttwitz-Putsch erstellt wurde und mit

der Gedenktafelkommission abgestimmt sei. Das Schild mit dem Umfeld des Platzes könne eine Aufwertung gebrauchen.

Herr Wendland wünscht sich noch mehr Hinweise an Wohnhäusern von historischen Personen. Personen sollten verortbar sein. Die Stadt wäre somit lesbarer und erlebbarer.

Die Kulturausschussmitglieder erzielen Einigkeit darüber, dass die wichtigsten Angelegenheiten der Gedenktafelkommission im Kulturausschuss vorgetragen werden und die Verwaltung dafür einen Verfahrensvorschlag macht.

zu 7 Sonstiges

Frau Dr. Seemann berichtet über die Aufstellung der Original Skulptur „Quo Vadis“ des tschechischen Künstlers David Černý in der Landeshauptstadt Potsdam im Zusammenhang der Expo. Die jetzt aufgestellte Kopie am Steubenplatz habe eine Aufstellgenehmigung bis zum 31.12.2020. Für eine dauerhafte Standortsuche der Skulptur sei der Beirat Kunst im öffentlichen Raum als beratendes Gremium hinzugezogen worden.

über
4

Kulturausschuss
Bettina Schmidt, 24

Vermerk

Berichterstattung zum Monitoring der Kultur und Kreativwirtschaft
im Ausschusses für Kultur am 19.11.2020

Vorlage: 20/SVV/0892; Nachfragen der Ausschussmitglieder

Prolog:

Im November 2017 wurde der Oberbürgermeister beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Brandenburger Agentur für Kultur und Kreativwirtschaft ein Monitoring für die Kultur und Kreativwirtschaft in der Landeshauptstadt Potsdam zu erarbeiten und umzusetzen (17/SVV/0056), mit dem Ziel, Strukturen zu erfassen, Bedarfe und Entwicklungsmöglichkeiten festzustellen sowie Ziele im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der Stadt zu definieren. Eine Ausgewogenheit zwischen den verschiedenen Wirtschaftsfeldern sowie die Chancengleichheit für alle Wirtschaftsunternehmen in Potsdam soll dabei sichergestellt werden.

In 2018 sowie im Februar 2019 wurde durch die Wirtschaftsförderung erklärt, dass aufgrund der begrenzten städtischen Datenbasis, der Unterteilung der Kultur und Kreativwirtschaft in ihre elf Teilmärkte und der Schwierigkeiten, diese statistisch nach den einzelnen Branchen zu erfassen, ein methodisches Vorgehen entwickelt wurde, um ein qualitatives Monitoring für die Landeshauptstadt Potsdam durchzuführen (18/SVV/0167).

Dieses Vorgehen wurde durch den Leiter der Wirtschaftsförderung im Kultur-Ausschuss erläutert und dabei explizit darauf hingewiesen, dass aufgrund der Vielschichtigkeit und der hohen Anzahl an Freiberuflern eine umfassende Analyse der Kultur und Kreativwirtschaft nur mit erheblichem finanziellen und personellen Aufwand möglich ist.

Frau Hüneke sieht die Vorlage als einen guten Ansatz an, jedoch fehle ihr die flächendeckende Einbeziehung der gesamten Kultur und Kreativwirtschaft.

Die in 2019 durchgeführten Workshops mit den Akteuren der Kultur und Kreativwirtschaft wurden von der Wirtschaftsförderung gemeinsam mit dem FB24 sowie mit der Agentur für Kultur und Kreativwirtschaft des Landes Brandenburg, dem Kunst- und Kreativhaus Rechenzentrum, dem Silicon Sanssouci e.V. und dem MediaTech Hub Potsdam konzipiert und durchgeführt. Durch den Kreis der eingebundenen Netzwerke wurde sichergestellt,

dass ein möglichst breiter und repräsentativer Teilnehmerkreis der Kultur und Kreativwirtschaft für die Workshops adressiert wurde.

Herr Zander bemängelt in dieser Vorlage den fehlenden barrierefreien Zugang für Menschen mit Behinderung.

Der Wirtschaftsförderung ist keine Dienstanweisung oder Handlungsvorgabe für die Erstellung barrierefreier Vorlagen für die Ausschüsse bekannt. Eine entsprechende Anfrage mit der Bitte um zur Verfügungstellung entsprechender Handlungsempfehlungen wurde von 402 an das Büro für Chancengleichheit und Vielfalt gerichtet.

Für die Erstellung barrierefreier Dokumente ist optimalerweise der Zugriff auf die Softwareprogramme Adobe Acrobat X Professional sowie einen PDF Accessibility Checker nötig. Keines der beiden Programme steht 402 aktuell zur Verfügung.

Frau Armbruster macht deutlich, dass die Vorlage ergebnislos sei. Aus ihrer Sicht handle es sich nicht um ein Monitoring.

Die Vorlage fasst unter dem Punkt III „Ergebnisse des Monitorings 2019“ die Kernerkenntnisse der Workshops zusammen.

Frau Dr. Zalfen vermisst in der Vorlage Auskünfte über Steuereinschätzungen, Steuereinnahmen und Umwegrentabilitäten.

Wie bereits ausgeführt, macht die Vielschichtigkeit und der hohe Anteil an freiberuflich Tätigen in den Kultur- und Kreativdisziplinen, Auskünfte über Steuereinschätzungen, Steuereinnahmen und Umwegrentabilitäten sehr schwierig. Zahlen zu den Gewerbesteuererinnahmen aus der Kultur und Kreativwirtschaft liegen hausintern lediglich dem GB1 vor. Steuerdaten freiberuflich Tätiger haben ausschließlich die zuständigen Finanzämter. Wie bereits eingangs erwähnt, wurde vor diesem Hintergrund vereinbart, ein qualitatives Monitoring für die Landeshauptstadt Potsdam durchzuführen.



Stefan Frerichs
Leiter der Geschäftsstelle
Wirtschaftsförderung

Sitzung des Ausschusses für Kultur

**Nachfrage aus der Sitzung vom 19.11.2020 zum TOP 6.2:
Bessere ÖPNV-Anbindung für die Schiffbauergasse, Vorlage: 20/SVV/1293**

Nachfrage:

Warum wird die Verlängerung der Buslinie 692 vom Klinikum zur Glienicker Brücke als nicht sinnvoll erachtet?

Antwort der Verwaltung:

Eine Verlängerung der Buslinie 692 zur Glienicker Brücke wird aus mehreren Gründen nicht empfohlen, die sich letztendlich durch die Betrachtung der konkreten Fahrplangestaltung ergeben.

Tagsüber würden mit der betrachteten Verlängerung der Buslinie 692 Parallelverkehre mit der ohnehin schwach ausgelasteten Tramlinie 93 entstehen, was mit den Vorgaben einer wirtschaftlichen Verwendung von ÖPNV-Mitteln nicht einhergeht. Abends hätte sie einen geringeren Effekt als die jetzt von der Verwaltung vorgeschlagene Taktverdichtung der Buslinie N16.

Eine Taktverdichtung der Buslinie N16 von einem 60- auf einen 30- oder 20/40-Minuten-Takt hat dagegen den Vorteil, dass Anschlüsse an das übrige Netz sowie an die S-Bahn hergestellt werden können, wodurch sich ein wesentlich größerer Kreis von Begünstigten ergibt.

Die Buslinie 692 ist an anderen Punkten im Netz in Anschlüsse eingebunden (z. B. Kirschallee), wodurch sich in der Berliner Straße aller Voraussicht nach kein sinnvoller Takt mit der Linie N16 erzielen ließe. Stadteinwärts würden die Busse beider Linien beispielsweise nur um wenige Minuten versetzt fahren, was im Endeffekt zu keiner spürbaren Verbesserung der ÖPNV-Anbindung des Kulturstandortes Schiffbauergasse führen würde.

Hinzu kommt, dass im Falle einer Verlängerung der Linie 692 der Haupteingang des Ernst-von-Bergmann-Klinikums nur noch in eine Richtung bedient werden könnte. Da die Linie insbesondere in den Randzeiten wichtig für die Erreichbarkeit des Klinikums durch Mitarbeitende ist, soll die An- und Abfahrt auch in Zukunft aus beiden Richtungen möglich sein. Dies wird nur erreicht, wenn die Linie vor dem Haupteingang endet und von dort aus wieder zurückfährt.

im Auftrag

Norman Niehoff
Bereichsleiter Verkehrsentwicklung



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

20/SVV/0859

öffentlich

Betreff:
Glockenspiel

Einreicher: Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke

Erstellungsdatum 04.08.2020

Eingang 502:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

19.08.2020

Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das Iserlohner Glockenspiel einschmelzen zu lassen und die Bronze zu verkaufen. Der Erlös soll dem Kulturhaushalt der Landeshauptstadt Potsdam, beispielsweise der Pflege der Kunst im öffentlichen Raum, zu Gute kommen.

gez. J. Armbruster
Fraktionsvorsitzende

gez. G. Zöllner
Fraktionsvorsitzender
Bündnis 90/Die Grünen

gez. S. Müller
Fraktionsvorsitzende
Die Linke

gez. S. Wollenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung

Der Presse war zu entnehmen, dass der Wissenschaftliche Beirat der Garnisonkirchenstiftung die Inschriften des Glockenspiels untersucht und ihren revisionistischen Charakter festgestellt hat. Ein städtischer Auftrag zur Untersuchung ist deshalb nicht mehr erforderlich. Eine anderweitige Verwendung der Glocken kommt nicht infrage. Ein Klangerlebnis am Ort wird es dennoch geben, da die Bemühungen um ein klanglich und technisch besseres Glockenspiel für den im Bau befindlichen Kirchturm bereits seit längerem laufen.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

- Änderungsantrag**
 Ergänzungsantrag
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

20/SVV/0859

 öffentlichEinreicher: **Fraktion DIE aNDERE**Betreff: **Lernort Glockenspiel**

Erstellungsdatum 18.08.2020

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
18.08.2020	Stadtverordnetenversammlung		x

Die Stadtverordnetenversammlung möge die Ds 20/SVV/0859 in der folgenden neuen Fassung beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der Fördergesellschaft für den Wiederaufbau der Garnisonkirche Potsdam e.V. die Nutzung des Glockenspiels zu entziehen. Ein Großteil der Iserlohner Glocken soll nach entsprechender musealer und geschichtlicher Aufarbeitung eingeschmolzen werden.

Mindestens zwei Glocken sind zu erhalten. Eine kleine soll dem Potsdam-Museum zur Verfügung gestellt werden und eine große soll vor Ort verbleiben. Am Ort des Glockenspiels soll eine Dokumentation der Historie des nachgebauten Glockenspiels (von 1980 - 2020) ermöglicht werden. Dort soll auch über die Inschriften der Glocken, ihre Bedeutung und die Traditionsgemeinschaft Potsdamer Glockenspiel informiert werden.

Die tragenden Elemente des Glockenspiels sollen zu einem Klettergerüst umgebaut werden. Falls nach Umsetzung dieser Maßnahmen und Deckung der dafür notwendigen Kosten ein Überschuss aus dem Verkaufserlös verbleibt, soll dieser dem Kulturhaushalt der Landeshauptstadt Potsdam, beispielsweise der Pflege von Denkmälern im öffentlichen Raum, zu Gute kommen.

Begründung:

1. Teil: Aufarbeitung von Geschichte notwendig

Die Inschriften des Glockenspiels sind von einem revisionistischen und militärischen Charakter geprägt. Das Liedgut trägt zum Teil antisemitische Züge. Dies ist bereits seit der beabsichtigten Aufstellung bekannt. Ein städtischer Auftrag zur Untersuchung ist deshalb nicht mehr erforderlich.

Bereits am 2. Dezember 1990 warnte der Pfarrer der Heilig-Kreuz-Gemeinde Uwe Dittmer die Verantwortlichen der Stadt vor der rechten Gefahr beim Wiederaufbauprojekt Glockenspiel und verweist auf öffentliche Äußerungen Max Klaars, in der dieser für ein Deutschland in den Grenzen von 1937 plädiert.

Unmittelbar nach Beschlussfassung der SVV zur Aufstellung des Glockenspiels (6.2.1991) ist in einem Zeitungsbericht der Brandenburgischen Neuesten Nachrichten auf einem Foto erkennbar, dass auf einer Glocke eine Karte Deutschlands in den Grenzen von 1937 eingegossen ist. (Wurde später beim Polieren der Glocken entfernt).

Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den anderen Glocken fand seitens der Stadt nicht statt. Daran änderte die Kunstaktion Mike Bruckners im Juni 1996 nichts, der das Glockenspiel mit bunten Hakenkreuzbanderolen umwickelte. Im Gegenteil, die Kunstaktion wurde vom Oberbürgermeister Horst Gramlich als „schlimme Verunglimpfung der Stadt“ gewertet.

Die Große Anfrage der Fraktion DIE aNDERE aus dem Jahr 2000 bewirkte ebenfalls kein Umdenken. Erst der Offene Brief von über hundert Künstler*innen, Architekt*Innen, Denkmalpfleger*innen, Wissenschaftler*innen, Kirchenvertreter*innen, Kulturschaffenden und zivilgesellschaftlich Engagierten vom 19.08.2019 führte zur Abschaltung des Glockenspiels durch den Oberbürgermeister Mike Schubert.

Eine komplette und unkommentierte Vernichtung des Glockenspiels würde einer Auslöschung der eigenen Geschichte, nicht nur der des Glockenspiels, sondern auch der Rolle der Stadt, gleichkommen.

2. Teil: Lösungsvorschlag

Das Werkstattverfahren zur Neugestaltung der Plantage enthielt auch eine Kinderwerkstatt. Seitens der Schüler*innen der Max-Dortu-Schule wurde mehrfach der Wunsch geäußert, dass aus dem Glockenspiel ein Kletterturm werden soll. Dies ist nun umsetzbar.

Die Dokumentation aller Glocken durch das Potsdam-Museum ist unerlässlich, um diese wichtige Detail der jüngeren Stadtgeschichte in der weiteren wissenschaftlichen und musealen Arbeit zu berücksichtigen und darzustellen.

Eine große Glocke kann gemeinsam mit einer Infotafel vor Ort über die Geschichte dieses Iserlohner Glockenspiels informieren. Hierfür ist die Kooperation mit den wissenschaftlichen Beiräten der Stiftung Garnisonkirche Potsdam und des Beirats zum Lernort-Garnisonkirche zu suchen.

3. Teil: Kosten und Erlöse

Laut Antwort der Verwaltung auf die Kleine Anfrage 06/SVV/0103 betragen die Kosten für einen Abriss ca. 15.000 Euro, die Kosten für einen Ferntransport ca. 70.000 Euro. Zusätzliche Kosten für das Einschmelzen und die Erlöse für den Materialwert sind nicht bekannt. Inwieweit nach musealer Aufarbeitung, Einrichtung eines Informationsortes auf der Plantage und dem Umbau des Tragwerkes zu einem Kletterturm Erlöse verbleiben, ist derzeit nicht abzuschätzen. Hierzu sind Informationen und weitere Kalkulationen seitens der Stadtverwaltung nötig.

Unterschrift



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

20/SVV/0892

Betreff: öffentlich
Berichterstattung zum Monitoring der Kultur und Kreativwirtschaft

bezüglich
DS Nr.: 17/SVV/0056

Erstellungsdatum 12.08.2020

Eingang 502: 12.08.2020

Einreicher: GB Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

16.09.2020 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Inhalt der Mitteilung:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 8. November 2017 (DS 17/SVV/0056) wurde der Oberbürgermeister beauftragt, die Entwicklung der Kultur- und Kreativwirtschaft in Zusammenarbeit der Bereiche Kultur und Wirtschaftsförderung zu erfassen und auszuwerten. Einzubinden ist die Brandenburger Agentur für Kultur und Kreativwirtschaft.

Vorliegender Bericht ist das Ergebnis des Monitorings für 2019, welches analog zum letzten Jahr dem Hauptausschuss hiermit zur Kenntnis gegeben wird. Gemäß Auftrag soll zusätzlich dem Ausschuss für Kultur berichtet werden.

Der vorliegende Bericht selbst hat keine finanziellen Auswirkungen. Er präsentiert die Ergebnisse aus zwei Workshops mit Vertretern der Kultur und Kreativwirtschaft.

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

Das **Formular** „Darstellung der finanziellen Auswirkungen“ ist als **Pflichtanlage** beizufügen.

Fazit finanzielle Auswirkungen:

Der vorliegende Bericht selbst hat keine finanziellen Auswirkungen.

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Geschäftsbereich 5

Anlage:

Bericht zur Mitteilungsvorlage

Anlage zur MV

Monitoring der Kultur und Kreativwirtschaft Berichtszeitraum 2019

I. Ausgangssituation

Monitoring 2018

Im November 2017 wurde der Oberbürgermeister beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Brandenburger Agentur für Kultur und Kreativwirtschaft, ein regelmäßiges Monitoring für die Kultur und Kreativwirtschaft (KKW) in der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) konzeptionell zu erarbeiten und umzusetzen (17/SVV/0056). Aufgrund der begrenzten städtischen Datenbasis, der Unterteilung der Kultur und Kreativwirtschaft in ihre elf Teilmärkte und der Schwierigkeiten, diese statistisch nach den einzelnen Branchen zu erfassen, wurde gemeinsam mit der o.g. Agentur ein methodisches Vorgehen entwickelt (18/SVV/0167) und in der zweiten Jahreshälfte 2018 ein erstes qualitatives Monitoring für die LHP durchgeführt (19/SVV/0278). Das Monitoring umfasste 14 umfangreiche Experteninterviews sowie vier Dialogforen mit zahlreichen Akteuren der KKW aus den unterschiedlichen Teilmärkten.

Als Kernaussagen ließ sich festhalten, dass in der Praxis der KKW die Grenzen der statistisch definierten Teilmärkte nicht wahrgenommen werden, das Modell zur Unterteilung der Kreativwirtschaft daher auch kritisch gesehen wird. Es gibt Überschneidungen über alle Teilmärkte der KKW hinweg und es werden zunehmend Möglichkeiten zur Vernetzung untereinander gesucht, um Synergien zu schaffen. Die Teilnehmer sehen branchenübergreifende Akteursgruppen im Fokus für die zukünftige, positive Entwicklung der Kultur und Kreativwirtschaft in der LHP. Wobei sowohl die für Potsdam wirtschaftlich prägenden Branchen der Kultur und Kreativwirtschaft (Film / Medien, IT, Design) als auch die sogenannte „Kleine Kreativwirtschaft“, mit ihrer Wirkung in die Stadt und ihre Gesellschaft, eine Bedeutung für die LHP haben. Der Schlüssel zu einer Ausgewogenheit zwischen den verschiedenen Wirtschaftsfeldern sowie zur Chancengleichheit für alle Wirtschaftsunternehmen liegt im Miteinander. Hierzu werden, aus Sicht der Teilnehmer, Möglichkeiten der besseren Vernetzung und eine höhere Sichtbarkeit und Wahrnehmbarkeit der Kultur und Kreativwirtschaft sowohl untereinander, als auch innerhalb der Stadtgesellschaft und der Verwaltung benötigt. Zudem benötigt die KKW bezahlbare Innovations- und Experimentierräume, in denen Nutzer verschiedener Branchen Dinge miteinander probieren können. Kleinteilige, "bezahlbare" Gewerbeflächen werden dabei bevorzugt.

Machbarkeitsstudie Kreativquartier Potsdamer Mitte

Ausgehend von den Ergebnissen des Szenario-Workshops zur Strategieentwicklung für die Kultur- und Kreativwirtschaft in der Potsdamer Mitte im Jahr 2018 wurde durch die Sanierungsträger Potsdam GmbH, gemeinsam mit dem Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt und unter intensiver Beteiligung der

Akteure der KKW, insbesondere derer aus dem „Kunst und Kreativhaus Rechenzentrum“, die Machbarkeitsstudie für ein neues Kreativquartier in der Potsdamer Mitte (Alte Feuerwache / Langer Stall) erarbeitet. Im Jahr 2019 wurde die Machbarkeitsstudie als Grundlage für eine Konzeptvergabe des Geländes der ehem. Feuerwache und des Langer Stalls verwendet. Die Glockenweiß GmbH wurde mit ihrem Konzept "Village" durch ein Gremium, besetzt mit Fachleuten, Vertretern der KKW, der Stadtverordnetenversammlung, der Landeshauptstadt Potsdam und des Sanierungsträgers Potsdam als Investor für das neue Kreativquartier in der Potsdamer Mitte ausgewählt und im Januar 2020 die Anhandgabe zur weiteren Umsetzung durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen. Mit ca. 8.000 m² Nutzfläche zu einer durchschnittlichen Miete von 9 Euro nettokalt werden weit mehr bezahlbare Flächen für die kleinteilige Kultur- und Kreativwirtschaft vorgesehen, als dies in der öffentlichen Konzeptvergabe mit mind. 4.300 m² gefordert war. Insgesamt werden fast 20.000 m² Geschossfläche für die KKW geschaffen, wodurch deutlich mehr Raum für die kreative Szene entsteht, als ursprünglich gefordert (mind. 10.000m²) und zu erwarten war. Neben dem Nutzungskonzept flossen Raum-, Mobilitäts- und Nachhaltigkeitskonzepte in die Bewertung mit ein. Die Forderung der KKW nach bezahlbaren Innovations- und Experimentierräumen wird sich somit mit der bis Ende 2023 geplanten Errichtung eines Kreativquartiers in der Potsdamer Mitte erfüllen. Benötigte kleinteilige Gewerbeflächen sind Teil des Konzeptes.

II. Fortführung des Monitorings in 2019

Die Fortsetzung des Monitorings und der damit verbundene Dialog mit der KKW fokussierte sich aufgrund der Ergebnisse des Monitorings aus dem Jahr 2018 auf die Themen Sichtbarkeit und Vernetzung. Im November 2019 fanden zwei Workshops statt: „*Vernetzung – Allianzen – Kollaborationen*“ und „*Sichtbarkeit - Kreative an den Markt!*“. Um einen möglichst breiten Teilnehmerkreis zu erreichen und die Vernetzung der Branchen miteinander zu fördern, wurden die Workshops gemeinsam mit der Brandenburger Agentur für Kultur und Kreativwirtschaft, dem „Kunst und Kreativhaus Rechenzentrum“, dem Silicon Sanssouci e.V. und dem MediaTech Hub Potsdam konzipiert und durchgeführt. Als externe Unterstützer wurden zudem die Belius GmbH und Multiplicities eingebunden, die bereits die Machbarkeitsstudie für das geplante Kreativquartier in der Potsdamer Mitte begleitet hatten und umfangreiche Kenntnisse über die Strukturen und Bedürfnisse der KKW im Allgemeinen und über die Akteure in Potsdam im Speziellen besitzen. In der Vorbereitung der Workshops wurde zudem deutlich, dass es der KKW in Potsdam ein besonderes Anliegen ist, die Zusammenarbeit bzw. Vernetzung mit verschiedenen Bereichen der Verwaltung zu intensivieren. Um dies in die Workshopdiskussionen gebührend einfließen zu lassen, wurden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, welche im Rahmen ihrer Tätigkeiten Berührungspunkte mit der KKW haben, zu den Workshops eingeladen. Knapp 70 Teilnehmer aus verschiedenen Branchen der Kultur und Kreativwirtschaft haben in den zwei Workshops gemeinsam mit Vertretern der Verwaltungsbereiche Marketing, Kultur und Stadterneuerung sowie der Wirtschaftsförderung der Landeshauptstadt Potsdam diskutiert. Dabei wurde sich auch damit beschäftigt, wie die Vernetzung und die Sichtbarkeit der KKW gefördert werden und was geeignete Werkzeuge dafür sein können.

III. Ergebnisse des Monitorings 2019

Kreativbeauftragter

Analog zu den zentralen Ergebnissen aus dem Jahr 2018, war auch diesmal ein Büro / eine Person, die als Mittler zwischen Kreativen und ihren Ideen und anderen Stakeholdern bzw. der Verwaltung vermittelt, ein mehrfach formulierter Wunsch der Akteure. Als Bezeichnungen fielen Begriffe wie Zwischenbüro, Kreativbeauftragter, Kultur- und Kreativlotse, Kulturlobby oder kultureller/kreativer Stadtentwickler. Darin spiegelt sich der Wunsch nach Austausch und Reflexion von Anliegen und Ideen, sowie Unterstützung bei der Weiterverfolgung dieser, mit dem Ziel die Kultur und Kreativwirtschaft in der Landeshauptstadt Potsdam sichtbarer und erlebbarer zu machen. Die entsprechende Person/Anlaufstelle sollte dabei sowohl die Kreativwirtschaft, als auch die Verwaltung und die jeweiligen Handlungsweisen des anderen verstehen und entsprechend vermitteln können.

Vernetzungsangebote innerhalb der KKW

Gemein hatten beide Workshops die Idee und den Wunsch nach mehr branchenübergreifender Vernetzung. Die Veranstaltungsreihe „7 Sachen“, eine Veranstaltungsreihe des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Energie des Landes Brandenburg (MWAE), wurde dabei mehrfach als Best Practice Beispiel genannt. Jeder Veranstaltungstermin findet an einem anderen Ort statt und bietet sieben Teilnehmenden die Möglichkeit sich oder eigene Ideen, Projekte, Visionen oder Anliegen zu präsentieren. Ideen zu entwickeln und sich neu zu vernetzen wird, nach Ansicht der Workshopteilnehmer, durch wechselnde Orte und Formate begünstigt.

Vernetzungsangebote mit Verwaltung / Politik

Als weiterer Ansatz, der sowohl die Vernetzung untereinander sowie das Verständnis für das jeweilige Gegenüber fördern kann, wurden Besuche der Verwaltung / Politik in bestimmten Häusern oder bei Unternehmen angeregt. Denkbar wäre auch ein thematischer Stammtisch, bei dem sich KKW und Vertreter der Verwaltung austauschen können. Dies wären dabei erste Schritte für mehr Miteinander, mit dem Ziel zukünftig Formate oder ein Arbeitsprogramm für Ideen und deren Umsetzung zu entwickeln und durch eine Regelmäßigkeit einzuüben. Konstruktiver Austausch auf Augenhöhe und Raum für ein Miteinander bei der Diskussion kreativer Ideen, ist, nach Ansicht aller Teilnehmenden, Ausdruck eines guten Standorts für Kreative.

Aktive Beteiligung an Quartiersentwicklungen

Einig waren sich die Workshopteilnehmer, dass die KKW positive Auswirkungen auf die Entwicklungen und Prozesse in Stadtquartieren hat. Die sichtbare und erlebbare Präsenz von Kultur und Kreativwirtschaft belebt Quartiere und kann deren Image aufwerten. Als ein solcher „Lebendigmacher“ versteht sich auch die KKW in Potsdam. Aus diesem Selbstverständnis heraus wurde der Wunsch der Akteure der KKW geäußert, im Rahmen der integrierten Stadt- bzw. Quartiersentwicklungen stärker beteiligt zu werden. Dies betrifft sowohl einzelne Quartiere / Stadtteile, wie beispielsweise die zukünftigen Entwicklungen in Kramnitz oder aktuelle Planungen und Projekte im Schlaatz, genauso wie die Neue Potsdamer Mitte mit der zukünftigen Wegebeziehung zwischen Alter Markt - Neuer Markt - Plantage („Kunst- und Kulturmeile“), welche mit der Entwicklung des Kreativquartiers eine neue Qualität erhalten wird.

Auch durch Aktionen und Veranstaltungen im öffentlichen Raum (Plätze und Grünflächen) könnten und sollten aus Sicht der Workshopteilnehmer Impulse gesetzt und die öffentliche Wahrnehmung und Sichtbarkeit der KKW verbessert werden.

In der Auswertung der Workshops wurde deutlich, dass die einzelnen Maßnahmen sowohl unterschiedliche zeitliche, als auch finanzielle Dimensionen haben. Insbesondere der Wunsch nach einem Kreativbeauftragten lässt sich nicht kurzfristig und ohne ausreichende finanzielle Mittel realisieren. Ebenso war den Beteiligten Akteuren klar, dass Initiativen zur branchenübergreifenden Vernetzung innerhalb der KKW auch vom proaktiven Engagement der entsprechenden Akteure abhängig ist. Nachfolgende Maßnahmen haben direkten Bezug zu Aufgaben der Verwaltung und werden von ihr proaktiv initiiert und/oder begleitet.

IV. Erste Maßnahmen & Ausblick für 2020

Politischer Rundgang

Um die Sichtbarkeit und Relevanz der Kreativwirtschaft und des Wirtschaftsstandorts Medienstadt für die LHP zu diskutieren und ein Bild der speziellen Bedürfnisse der dort ansässigen Kreativunternehmen zu erhalten, hat der Wirtschaftsrat der LHP, seine Mitglieder und zahlreiche Vertreter der Politik, bereits im Januar 2020 zu einem Rundgang mit begleitendem Austausch in die Medienstadt Babelsberg eingeladen. Organisiert durch die Wirtschaftsförderung, als Geschäftsstelle des Wirtschaftsrats, kamen die Teilnehmer mit verschiedenen Akteuren der Film, IT und Medienindustrie in Austausch und konnten sich ein Bild über die Bedarfe der Kreativen vor Ort machen.

Neben etablierten Unternehmen, war auch das von der LHP beauftragte MediaTech Hub Management eingebunden und es wurde ein städtisches Gründerhaus (Guido-Seeber-Haus) sowie dort ansässige Startups besucht. Trotz privatwirtschaftlichem Engagement bei der Errichtung neuer Büroangebote, wurde im Dialog mit den Kreativen vor Ort deutlich, dass diese Büroangebote den Bedürfnissen der Startup- und Gründerszene nicht gerecht werden. Die städtischen Gründerhäuser sind vollständig ausgelastet. Die privat errichteten Bürogebäude zeichnen sich durch langfristige Mietverträge und Mindestmietflächen von 250 m² aus, was am Bedarf der kreativen Startups vorbeigeht. Um die Bedürfnisse dieses für die LHP wirtschaftlich prägenden Kreativstandorts weiter zu qualifizieren, hat die städtische Tochter Zentrum für Film- und Fernsehproduzenten GmbH (ZFF), unterstützt durch die Wirtschaftsförderung, eine Machbarkeitsstudie für ein mögliches weiteres Gründerhaus in Auftrag gegeben. Dabei sollen neben Trends und Potentialen in Kreativwirtschaft, auch die konkreten Bedarfe bezüglich Raumqualität, Preiserwartung, benötigten Services und arbeitswichtigen Umfeldbedingungen von kreativen Startups und innovativen und universitären Ausgründungen in der Medienstadt untersucht werden.

Unternehmensbesuche

Als weitere direkte Maßnahme aus den Workshops, soll dem Bedürfnis nach mehr Austausch zwischen Verwaltung und KKW nachgekommen werden. Daher wird der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt begleitet durch die Wirtschaftsförderung Netzwerk- bzw. Unternehmensbesuche durchführen. Dies gibt den Akteuren die Möglichkeit im direkten Dialog Themen anzusprechen und zu diskutieren. Ein erster Termin mit Akteuren der Kreativwirtschaft war für Mitte Mai geplant und wurde aufgrund der Corona-Pandemie in den September verlegt.

Integrierte Quartiersentwicklung

Die nachhaltige Quartiersentwicklung sowie die Förderung des aktiven Bürgerschaftlichen Engagements wurden im Februar 2020 als Teil der gesamtstädtischen, strategischen Ziele

von den Stadtverordneten beschlossen. Aus Sicht der Wirtschaftsförderung wäre es daher nur folgerichtig, dem Wunsch der KKW folgend, diese in die integrierte Quartierentwicklung einzubinden. Als unmittelbarer erster Schritt bietet sich hier das Zukunftslabor bzw. das Zielbild „Schlaatz 2030“ an. Hierzu wird die Wirtschaftsförderung eine erste Gesprächsrunde zwischen Kreativnetzwerken, Akteuren aus dem Kunst und Kreativhaus Rechenzentrum und dem Bereich Stadterneuerung initiieren, um zu eruieren wo und wie die KKW sich konkret in Projekte der Stadtentwicklung im Schlaatz einbringen kann.

V. Fazit

Mit den Maßnahmen werden aktiv weitere Schritte zur Vernetzung und besseren Sichtbarkeit der KKW, sowohl untereinander als auch mit Blick auf die Verwaltung durchgeführt. Mit dem zukünftigen Kreativquartier in der Potsdamer Mitte erhält die KKW in der LHP zudem langfristig eine neue Qualität, sowohl was Innovations- und Experimentierräume angeht, aber auch mit Blick auf die branchenübergreifende Vernetzung und Sichtbarkeit in der Stadt.



Landeshauptstadt
Potsdam

Der Oberbürgermeister

Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

20/SVV/1293

Betreff:
Bessere ÖPNV-Anbindung für die Schiffbauergasse

öffentlich

bezüglich
DS Nr.: 18/SVV/0355

Einreicher: Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur	Erstellungsdatum	23.10.2020
	Eingang 502:	23.10.2020

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium
04.11.2020	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Inhalt der Mitteilung: Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Dem generellen Anforderungsprofil des Nahverkehrsplans der Landeshauptstadt Potsdam entspricht die Anbindung des Standortes Schiffbauergasse bereits mit dem bisherigen ÖPNV-Angebot, jedoch wird sowohl von den Einrichtungen vor Ort als auch den Besucherinnen und Besuchern in den Abendstunden ein dichteres Angebot sowie eine bessere Kommunikation der vorhandenen Angebote gewünscht. Um diesem Wunsch zu entsprechen, erfolgte in einem ersten Schritt im Dezember 2019 die Einführung zwei neuer Fahrten auf der Tram 99, wodurch eine Taktlücke zwischen der Tram und dem Bus N16 geschlossen wurde.

Im Zuge der am 16.09.2020 durch die Stadtverordnetenversammlung der LH Potsdam beschlossenen Fortschreibung des Nahverkehrsplans (NVP) wird in einem weiteren Schritt ein 30-Minuten-Takt auf der Buslinie N16 an allen Tagen zwischen 21 Uhr und Mitternacht vorgesehen (Umsetzung in 2021 geplant).

Da für das ÖPNV-Angebot Landesmittel aus dem ÖPNV-Gesetz verwendet werden, ist die Landeshauptstadt Potsdam zu einem wirtschaftlichen Mitteleinsatz verpflichtet. Entsprechend werden die Ausweitungen hinsichtlich ihrer Wirkung auf die Nachfrage fortlaufend evaluiert und ggf. in einem nächsten Schritt weiter ausgebaut.

Für eine qualifizierte Einschätzung von weiteren ÖPNV-Verbesserungen wurden verschiedene Varianten betrachtet und deren jährliche zusätzliche Betriebskosten berechnet:

Tram 93 täglich 20-Minuten-Takt bis 0 Uhr ca. 100.000 EUR/Jahr (darin enthalten sind bereits die zu erzielenden Ersparnisse durch den Wegfall der Linie N16 Glienicker Brücke – Hauptbahnhof)

Bus N16 täglich 20-Minuten-Takt bis 0 Uhr ca. 40.000 EUR/Jahr

Bus 692 Verlängerung vom Klinikum zur Glienicker Brücke ca. 11.000 EUR/Jahr, jedoch sind hier keine sinnvollen Fahrplanlagen möglich → Bus N16 und 692 würden ungefähr zeitgleich ab Schiffbauergasse fahren, was weiterhin einen Stundentakt zur Folge hätte. Bus 692 hat außerdem keinen Anschluss an die S- oder Regionalbahn.

Fortsetzung der Mitteilung Seite 3

Finanzielle Auswirkungen? Ja NeinDas **Formular** „Darstellung der finanziellen Auswirkungen“ ist als **Pflichtanlage** beizufügen.**Fazit finanzielle Auswirkungen:**

--	--	--

Oberbürgermeister

--

Geschäftsbereich 1

--

Geschäftsbereich 2

--

Geschäftsbereich 3

--

Geschäftsbereich 4

--

Geschäftsbereich 5

--

Fortsetzung der Mitteilung Seite 3

Neue Linie von der Schiffbauergasse zum Hbf im 20-Minuten-Takt von 21 bis 0 Uhr ca. 40.000 EUR/Jahr → Hier wird keine Verbesserung für übrige Berliner Vorstadt erzielt, daher ist nur dann eine Nachfrage zu erwarten, wenn am Hans Otto Theater eine Vorstellung endet.

Im Rahmen der Fortschreibung des Nahverkehrsplans wurden zudem weitere Möglichkeiten geprüft, wie die Situation für die Besucherinnen und Besucher vor Ort verbessert werden kann. Dabei wurde das Ziel verfolgt, eine deutliche Verbesserung der Fahrgastinformation in Bezug auf die vorhandenen ÖPNV-Angebote an den verschiedenen Haltestellen (Schiffbauergasse/Berliner Str. und Schiffbauergasse/Uferweg) zu erreichen. In diesem Zusammenhang wird u. a. ein neues Beleuchtungskonzept geprüft, welches neben der besseren Ausleuchtung der Wege integraler Bestandteil der Wegeleitung zur Haltestelle Schiffbauergasse/Uferweg sein soll.

Durch die auf dem Gelände der Schiffbauergasse verteilten dynamischen Fahrgastinformationssysteme können Besucher*innen bereits vor dem Fußweg zur Haltestelle die nächsten Abfahrten einsehen. Diese Systeme sind wie folgt auf dem Gelände verteilt:

- Hans-Otto-Theater (Foyer)
- Fabrik (Foyer)
- Schirrhof (außen)
- Veranstaltungsplatz (außen)



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

20/SVV/1393

Betreff:
Bürgerhaushalt 2015/16 - Rechenschaftsbericht

öffentlich

bezüglich
DS Nr.: 08/SVV/0961

Erstellungsdatum 16.11.2020

Eingang 502: 17.11.2020

Einreicher: GB 1 Finanzen, Investitionen und Controlling

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

02.12.2020 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Inhalt der Mitteilung:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Rechenschaftsbericht der Landeshauptstadt Potsdam zum Stand der Umsetzung der Vorschläge aus dem Bürgerhaushaltsverfahren 2015/16 (Anlage)

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

Das **Formular** „Darstellung der finanziellen Auswirkungen“ ist als **Pflichtanlage** beizufügen.

Fazit finanzielle Auswirkungen:

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Geschäftsbereich 5

Anlage:

Rechenschaftsbericht



Bürgerhaushalt 2015/16

***Kurzfassung: Rechenschaftsbericht
zur Umsetzung der Bürgervorschläge***

Rechenschaftsbericht Bürgerhaushalt 2015/16

Erläuterungen:

Der Potsdamer Bürgerhaushalt 2015/16 war in einem sechsmonatigen Partizipationsprozess zustande gekommen. Es beteiligten sich erstmals rund 10.000 Potsdamerinnen und Potsdamer. Insgesamt wurden 815 Vorschläge eingereicht. In zwei Abstimmungsrunden wurde eine Liste der am besten bewerteten Bürgeranregungen ermittelt.

Die Liste der 20 am besten bewerteten Bürgervorschläge wurde am 3. Dezember 2014 der Stadtverordnetenversammlung zur Entscheidung übergeben und in allen Fraktionen, Ausschüssen und Ortsbeiräten thematisiert. Am 4. März 2015 entschied die Stadtverordnetenversammlung über den Bürgerhaushalt 2015/2016. Von den 20 Bürgeranregungen wurden sechs Bürgervorschläge angenommen und als "Bereits in Umsetzung" bestätigt. Acht Ideen sollten weiter geprüft werden. Sechs Bürgervorschläge fanden keine Mehrheit.



Unterteilt nach der Platzierung bei der Votierung sind im Folgenden die konkreten Umsetzungsergebnisse der Vorschläge zum Bürgerhaushalt 2015/2016 aufgelistet. Die Auswertung bezieht sich auf die Haushaltsjahre 2015 und 2016. Weiterhin wurde der Ausblick für darauffolgenden Haushaltsjahre vermerkt, wenn eine Umsetzung nach 2017 geplant wurde. Die jeweils ergänzten Ampeln zeigen den Status der Umsetzung.

●●● > Umsetzung ist abgeschlossen / findet statt / in Planung. (12)

●●● > Umsetzung kann nicht realisiert werden. (8, davon 6 Ablehnungen)

Zusammenfassung der umgesetzten Mittel für Vorschläge des Bürgerhaushalts 2015/16

Ergebnis Erträge lt. Jahresabschluss:	2015	319.439 Euro
	2016	345.941 Euro
Ergebnis Aufwendungen lt. Jahresabschluss:	2015	1.375.439 Euro
	2016	1.070.549 Euro

Ausblick (2017-2020):

Geplante Erträge in Folgejahren:	1.509.020 Euro
Geplante Aufwendungen in Folgejahren:	10.011.945 Euro

Nr.	Beschluss der StVV	Titel	Ergebnis 2015 in EUR	Ergebnis 2016 in EUR	PLAN ab 2017 GESAMT in EUR
			Ertrag (+)	+319.439	+345.941
			Aufwand (-)	-1.375.439	-1.070.549
					+1.509.020
					-10.011.945
1	Ablehnung	Kein Stadtgeld für Stadtkanal und Garnisonkirche	/	/	/
2	Annahme	Kein Kauf & Abriss des Hotels „Mercure“	0	0	0
3	Prüfauftrag	Ordnungsgelder bei Verschmutzung deutlich erhöhen	0	0	0
4	Ablehnung	Nowawiese nicht an die Schlösserstiftung übergeben	/	/	/
5	Annahme	Zweitwohnsitzsteuer von 15 % auf 20 % erhöhen	+319.439	+345.1350	+1.509.020
6	Prüfauftrag	Tierheim fördern	0	0	-281.000
7*	Prüfauftrag	Radfahren attraktiv und sicher machen	+1.542.073 -0	+486.299 -796.965	+3.327.500 -8.264.400
8	Prüfauftrag	Erhalt / Förderung des „Extavium“	-100.000	0	-200.000
9	Ablehnung	Kostenlose Nutzung Öffentlicher Nahverkehr	/	/	/
10	Ablehnung	Kostenlose Essensversorgung in Kitas/Schulen	/	/	/
11*	Bereits in Ums.	Kitagebühren senken und Beitragsordnung anpassen	+21.141.519 -71.258.059	+27.380.482 -77.483.451	+149.313.500 -410.566.600
12	Prüfauftrag	Mehr Sauberkeit in Potsdam (Mülleimer, Werbekampagne)	-553.923	-365.377	-2.898.645
13	Ablehnung	Volkspark erhalten / Wohnqualität erhalten	/	/	/
14	Bereits in Ums.	Hort-/Freizeitbetreuung für Kinder mit geistiger Behinderung	0	-114.198	-800.000
15*	Prüfauftrag	Bessere Planung des Öffentlichen Nahverkehrs	+6.050.000 -10.115.000	+6.050.000 -10.478.000	+24.600.000 -47.351.000
16	Bereits in Ums.	Bessere Ausstattung, Technik und Medien an Schulen	-274.283	-385.026	-4.778.400
17	Ablehnung	Entlastungsstraße für Potsdam Nord	/	/	/
18	Prüfauftrag	Ausgaben für „Barrierefreie Wege“ deutlich erhöhen	-109.533	-167.688	-884.200
19	Annahme	Förderung Nachbarschaftshaus "Scholle 34"	-22.700	-38.300	-169.700
20	Prüfauftrag	Neubau und Erneuerung Sportanlagen im Norden	-315.000	0	0

* Keine Aussage zu den auf den Bürgervorschlag bezogenen Kosten möglich. Angeführt sind hier Gesamtkosten für Radverkehrskonzept, Kita, und Investitionszuschuss ÖPNV. Die Werte sind aus diesem Grund auch nicht in den Gesamtwert (schwarze Zeile) einbezogen.

BüHH 2015/16, LBB-Nr. 1 (Drucksache: DS 14/SVV/1058 / Beschluss StVV: **Ablehnung**)

●●● ROT - Kein Stadtgeld für Stadtkanal und Garnisonkirche

Es sollte kein städtisches Geld für die Wiedererrichtung des Stadtkanals oder der Garnisonkirche bereitgestellt werden. Die Baukosten sollten von denjenigen übernommen werden, die sie haben wollen. Dazu zählt auch die Übernahme der jährlichen Nebenkosten.

Dieser Bürgervorschlag wurde von der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 4. März 2015 abgelehnt. Aus diesem Grund erfolgen hierzu im Rahmen der Rechenschaftslegung des Bürgerhaushalts 2015/16 keine weiteren Ausführungen.

Weitere Infos online: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/5921>

BüHH 2015/16, LBB-Nr. 2 (Drucksache: DS 14/SVV/1059 / Beschluss StVV: Annahme)

●●● GRÜN - Kein Kauf & Abriss des Hotels "Mercure"

Die Stadt Potsdam sollte keine Steuergelder zum Ankauf des Mercure Hotel verwenden, um es abzureißen. Solche DDR-Architektur sollte im Zentrum von Potsdam erhalten bleiben, auch wenn es nicht jeden gefällt.

Ausblick zur Realisierung: Es wurden weder Maßnahmen seitens der Landeshauptstadt Potsdam zum Kauf oder Abriss des Gebäudes getätigt, noch finanzielle Mittel aus dem Treuhandvermögen zur Verfügung gestellt.

Welche Mittel wurden bereitgestellt?

	2015	2016
<u>Kostenplanung:</u>		
Aufwand:	0 EUR	0 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR
<u>Kostenergebnis:</u>		
Aufwand:	0 EUR	0 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR

Ausblick, Kostenplanung:

Kostenplan:	2017	2018	2019	2020
Aufwand:	0 EUR	0 EUR	0 EUR	0 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR	0 EUR	0 EUR

Weitere Infos online: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/5331>

BüHH 2015/16, LBB-Nr. 3 (Drucksache: DS 14/SVV/1060 / Beschluss StVV: Prüfauftrag)

●●● ROT - Ordnungsgelder bei Verschmutzung deutlich erhöhen

Damit Potsdam das Wachstum finanzieren und erfolgreich meistern kann, sollten Bußgelder für Ordnungswidrigkeiten auf Grund von Umweltverschmutzung, wie weggeschmissenen Zigaretten, Kleinmüll, Hundekot oder Müllablagerungen im Wald drastisch erhöht werden. Auch die Schneeräumpflicht von Grundstückseigentümern sollte stärker kontrolliert und entsprechend erhöht werden. Hohe Strafgebühren sollten eine Lehre sein.

► **Der Bürgervorschlag wurde von den Stadtverordneten in einen Prüfauftrag geändert.**

Ergebnis der Prüfung: Dem Wunsch, dass Wachstum der Landeshauptstadt Potsdam über erhöhte Geldbußen zu finanzieren, kann laut dem Ergebnis der Prüfung nicht entsprochen werden. Die Ahndung von ordnungswidrigem Verhalten und die damit verbundenen Geldbußen werden durch jeweilige Rechtsnormen auf bundes-, landes- und kommunalrechtlicher Ebene bestimmt.

Welche Mittel wurden bereitgestellt?

	2015	2016
<u>Kostenplanung:</u>		
Aufwand:	0 EUR	0 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR
<u>Kostenergebnis:</u>		
Aufwand:	0 EUR	0 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR

Ausblick, Kostenplanung:

Kostenplan:	2017	2018	2019	2020
Aufwand:	0 EUR	0 EUR	0 EUR	0 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR	0 EUR	0 EUR

Weitere Infos online: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/5130>

BüHH 2015/16, LBB-Nr. 4 (Drucksache: DS 14/SVV/1061 / Beschluss StVV: **Ablehnung**)

●●● ROT - Nowawiese nicht an die Schlösserstiftung übergeben

Die Stadt Potsdam soll die Grundstücke auf dem Vorplatz des Babelsberger Parkes nicht an die Schlösserstiftung übergeben. Stattdessen sollte der gesamte Grünstreifen zwischen Nutheschnellstraße und Park Babelsberg an den Verein SV Concordia Nowawes verkauft oder verpachtet werden. Durch eine Übergabe an einen gemeinnützigen Kinderfußballverein kann eine Freizeitnutzung für Sport und Erholung sicherstellen. Die Fläche sollte zur Nutzung für den Freizeitsport erhalten und behutsam entwickelt werden. Eine Verpachtung oder ein Verkauf würde zusätzliche Finanzmittel in die Stadtkasse bringen.

Dieser Bürgervorschlag wurde von der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 4. März 2015 abgelehnt. Aus diesem Grund erfolgen hierzu im Rahmen der Rechenschaftslegung des Bürgerhaushalts 2015/16 keine weiteren Ausführungen.

Weitere Infos online: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/5816>

BüHH 2015/16, LBB-Nr. 5 (Drucksache: DS 14/SVV/1062 / Beschluss StVV: Annahme)

●●● GRÜN - Zweitwohnsitzsteuer von 15 % auf 20 % erhöhen

Die Zweitwohnsitzsteuer könnte von derzeit 15 auf 20% angehoben werden.

Ausblick zur Realisierung: Mit der 4. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung einer Zweitwohnungsteuer der Landeshauptstadt Potsdam (in Kraft getreten am 1. Juni 2015) erfolgte eine Erhöhung des Steuersatzes auf 20%. Im Jahr 2015 wurden somit etwa 319.000 Euro und im Jahr 2016 rund 345.000 Euro eingenommen. In der Planung für die Haushaltjahre 2017 bis 2020 wurde mit Erträgen in Höhe von insgesamt 1.509.000 Euro gerechnet.

Welche Mittel wurden bereitgestellt?

	2015	2016
Kostenplanung:		
Aufwand:	0 EUR	0 EUR
Ertrag:	235.000 EUR	270.000 EUR
Kostenergebnis:		
Aufwand:	0 EUR	0 EUR
Ertrag:	319.439 EUR	345.135 EUR

Ausblick, Kostenplanung: (2017 bis 2020, insgesamt Ertrag: 1.509.020 EUR)

Kostenplan:	2017	2018	2019	2020
Ertrag:	375.630 EUR	364.284 EUR	406.315 EUR	362.791 EUR

Weitere Infos online: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/5286>

BüHH 2015/16, LBB-Nr. 6 (Drucksache: DS 14/SVV/1063 / Beschluss StVV: Prüfauftrag)

●●● GRÜN - Tierheim fördern

Es sollte die zügige Einrichtung und Förderung eines Potsdamer Tierheims stattfinden.

► Der Bürgervorschlag wurde von den Stadtverordneten in einen Prüfauftrag geändert.

Ausblick zur (zukünftigen) Realisierung: Die Eröffnung des Tierheims mit ca. 50 Plätzen für Hunde, Katzen und Heimtiere sowie den erforderlichen Betriebs- und Funktionsräumen wird im 3. Quartal 2020 erwartet. Zwischenzeitlich wurden im Frühjahr 2020 die im städtischen Haushalt mitgeführten Spendenmittel in Höhe von 131.000 Euro in einem Zuwendungsverfahren an den Tierschutzverein Potsdam und Umgebung e.V. (TSV) ausgereicht. Im Bürgerhaushalt 2018 / 19 hat sich der Vorschlag zu einer einmaligen Startfinanzierung des Tierheims mit 150.000 Euro durchgesetzt. Mit einer zweckgebundenen Zuwendung ist beabsichtigt, dem TSV anteilig die Personalkosten für einen Zeitraum von zwei Jahren nach Eröffnung des Tierheims zu finanzieren. Derzeit bereitet der TSV den Zuwendungsantrag für diese Startfinanzierung vor.

Welche Mittel wurden bereitgestellt?

	2015	2016
Kostenplanung:		
Aufwand:	0 EUR	0 EUR

Ertrag: 0 EUR 0 EUR

Kostenergebnis:

Aufwand: 0 EUR 0 EUR

Ertrag: 0 EUR 0 EUR

Ausblick, Kostenplanung: (2017 bis 2020, insgesamt Aufwand 281.000 EUR)

Kostenplan:	2017	2018	2019	2020
Aufwand:	0 EUR	0 EUR	0 EUR	131.000 EUR + 150.000 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR	0 EUR	0 EUR

Weitere Infos online: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/5610>

BüHH 2015/16, LBB-Nr. 7 (Drucksache: DS 14/SVV/1064 / Beschluss StVV: Prüfauftrag)

●●● GRÜN - Radfahren attraktiv und sicher machen

Vorgeschlagen wird das Radfahren in Potsdam attraktiv und sicher zu machen. Dazu braucht es: eine Entkoppelung von den vorrangig vom Autoverkehr geführten Straßen, ein Anpassung der Ampelphasen zur "Grünenwelle" auf Radfahrgeschwindigkeit (25 km/h), Schnellfahradweg mit Verbindung von Süd nach Nord, Trennung der Ampeln von Fußgängern und Radfahrern, mehr Fahrradabstellmöglichkeiten am Bahnhof und in der Innenstadt, ausreichend breite Markierungen, damit die Radfahrer einen guten Schutzraum erhalten (Bsp. Feuerbachstraße), Entschärfung der Gefahrenstelle für Radfahrer und Fußgänger am Landtag, glatter Radfahrstreifen auf Kopfsteinpflasterstraßen, Verbindung des Radweges zwischen der Lange Brücke am Anleger zur Speicherstadt und Richtung Hermannswerder mit Anschluss des Radweges Richtung Caputh.

► Der Bürgervorschlag wurde von den Stadtverordneten in einen Prüfauftrag geändert.

Ergebnis der Prüfung und Ausblick zur (zukünftigen) Realisierung: Im Rahmen der Umsetzung des Radverkehrskonzepts von 2008 werden die Vorschläge bereits teilweise bearbeitet. Die Radstation am Hauptbahnhof wurde 2015 umgesetzt und das Fahrradparken auf der Langen Brücke im Nahbereich des Hbf. 2019 verbessert. Ebenfalls wurde in der Innenstadt die Möglichkeiten für das Fahrradparken an verschiedenen Standorten ausgebaut (u.a. Friedrich-Ebert-Straße, Wilhelmgalerie, etc.). Die Trennung des Fuß- und Radverkehrs an Kreuzungen wurde u.a. an der Berliner Straße/ Nuthestraße/ Gutenbergstraße sowie an der Breite Straße/ Zeppelinstraße verbessert. Die noch ausstehenden Punkte werden in der weiteren Fortschreibung des Radverkehrskonzepts geprüft und soweit möglich berücksichtigt.

Welche Mittel wurden bereitgestellt?

Die vorgenannten Maßnahmen wurden im Zuge der Umsetzung des Radverkehrskonzepts der Landeshauptstadt Potsdam realisiert und aus dem laufenden Budget finanziert. Eine Aufschlüsselung der Kosten einzelner Bürgervorschläge ist deshalb nicht möglich.

	2015	2016
Kostenplanung:		
Aufwand:	1.510.700 EUR	1.393.600 EUR
Ertrag (Fördermittel):	167.100 EUR	50.000 EUR

Kostenergebnis:

Aufwand Ergebnishaushalt (nur FB 47)	574.998 EUR	500.210 EUR
Ertrag Ergebnishaushalt	0 EUR	0 EUR

Investmaßnahme „RVK“ (0947 000140103)

Auszahlungen:	949.075 EUR	296.755 EUR
Einzahlungen (Fördermittel):	0 EUR	486.299 EUR

>> Ergebnis in Summe:

Ausgaben	1.524.073 EUR	796.965 EUR
Einnahmen	0 EUR	486.299 EUR

Ausblick, Kostenplanung:

(2017 bis 2020, insgesamt Ertrag 3.327.500 EUR, Aufwand 8.264.400 EUR)

Kostenplan:	2017	2018	2019	2020
Aufwand:	1.542.800 EURO	1.773.600 EURO	1.812.500 EURO	3.135.500 EURO
Ertrag (Fördermittel):	0 EURO	837.500 EURO	840.000 EURO	1.650.000 EURO

Weitere Infos online: <https://buerbeteiligung.potsdam.de/node/5430>

BüHH 2015/16, LBB-Nr. 8 (Drucksache: DS 14/SVV/1065 / Beschluss StVV: Prüfauftrag)

●●● GRÜN - Erhalt / Förderung des "Extavium"

Das wissenschaftliche Mitmachmuseum „Extavium“ ist als integraler Bestandteil der Bildungslandschaft und äußerst attraktives Ausflugsziel ein Magnet für die Bürger und die Besucher der Stadt Potsdam. Das Extavium wird bisher nicht institutionell gefördert. Daher wird vorgeschlagen, dem „Extavium“ finanzielle Mittel per anno zur Verfügung zu stellen, welche zum Beispiel mit den Mietlasten korrespondieren.

Ausblick zur Realisierung: Der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung hat in seiner Sitzung am 8. Juli 2015 die einmalige Förderung des Extavium in Höhe von 100.000 Euro beschlossen. Durch diese Unterstützung und die damit verbundene finanzielle Entlastung wurden seitens des Extavium finanzielle Mittel frei, um die investiven Maßnahmen zum Umzug in neue Räumlichkeiten zu finanzieren.

Am 20. Mai 2019 wurden, durch einen weiteren Beschluss des Hauptausschusses, weitere finanzielle Unterstützung in Höhe von 200.000 Euro zur Sicherung für den Weiterbetrieb im Jahr 2019 zur Verfügung gestellt, um eine kurzfristig drohende Schließung zu vermeiden.

Welche Mittel wurden bereitgestellt?

	2015	2016
Kostenplanung:		
Aufwand:	0 EUR	0 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR

Kostenergebnis:

Aufwand:	100.000 EUR	0 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR

Ausblick, Kostenplanung: (2017 bis 2020, insgesamt Aufwand 200.000 EUR)

Kostenplan:	2017	2018	2019	2020
Aufwand:	0 EUR	0 EUR	200.000 EUR	0 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR	0 EUR	0 EUR

Weitere Infos online: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/5283>

BüHH 2015/16, LBB-Nr. 9 (Drucksache: DS 14/SVV/1066 / Beschluss StVV: **Ablehnung**)

●●● ROT - Kostenlose Nutzung Öffentlicher Nahverkehr

In Potsdam sollte die kostenlose Nutzung des Öffentlichen Nahverkehrs ermöglicht werden. Hierbei werden unterschiedliche Herangehensweisen vorgeschlagen: Kostenlose Nutzung der Straßenbahnen, kostenlose Nutzung des Nahverkehrs für Seniorinnen und Senioren (bspw. über 75 Jahren) oder Schülerinnen und Schüler (Transfer vom Heimweg zur Schule) oder die kostenlose Nutzung in bestimmten Bereichen, wie der Innenstadt. Dieser Anreiz würde die chaotische Verkehrslage und Potsdams Straßen deutlich entlasten.

► **Dieser Bürgervorschlag wurde von der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 4. März 2015 abgelehnt. Aus diesem Grund erfolgen hierzu im Rahmen der Rechenschaftslegung des Bürgerhaushalts 2015/16 keine weiteren Ausführungen.**

Weitere Infos online: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/5161>

LBB-Nr. 10 (Drucksache: DS 14/SVV/1067 / Beschluss StVV: **Ablehnung**)

●●● ROT - Kostenlose Essensversorgung in Kitas/Schulen

Eine Grundvoraussetzung für die Entwicklungsfähigkeit eines Kindes ist eine gesunde und ausgewogene Ernährung. Um Chancengleichheit für alle Kinder zu ermöglichen, ist es zwingend erforderlich eine kostenlose Essensversorgung in Kitas und Schulen anzubieten.

► **Dieser Bürgervorschlag wurde von der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 4. März 2015 abgelehnt. Aus diesem Grund erfolgen hierzu im Rahmen der Rechenschaftslegung des Bürgerhaushalts 2015/16 keine weiteren Ausführungen.**

Weitere Infos online: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/5537>

BüHH 2015/16, LBB-Nr. 11 (Drucksache: DS 14/SVV/1068 / Beschluss StVV: Bereits in Umsetzung)

●●● GRÜN - Kitagebühren senken und Beitragsordnung anpassen

Die Gebühren in Potsdam sind enorm für berufstätige Eltern. Durch eine Senkung der Beiträge kann die Stadt Potsdam die Lebenssituation vieler Familien verbessern und auch den wichtigen Schritt in Richtung kinder- und familienfreundlichsten Stadt Deutschlands gehen. Erstens sollte die Bemessung nicht nach dem Bruttogehalt berechnet werden und zweitens sollten Sondervergütungen (Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld, etc.) nicht mitgezählt werden. In anderen Bundesländern zahlt man mittlerweile ab dem dritten Kitajahr nichts mehr. Das Ungleichgewicht zwischen benachbarten Kommunen Berlin und Potsdam könnte man durch die Senkung der Betreuungskosten endlich geringfügig abmildern. Und nicht nur

in Berlin sind die Betreuungskosten geringer, selbst in Michendorf, Saarmund und vielen weiteren benachbarten Landkreisen.

Ausblick zur Realisierung: Zuletzt wurden Empfehlungen für eine Elternbeitragsordnung für die Inanspruchnahme von Kindertagestätten in der Landeshauptstadt Potsdam zum 1. August 2018 beschlossen. Dabei wurde unter anderem die Einhaltung einer Beitragsfreigrenze bis 22.000 Euro berücksichtigt und somit dem Wunsch nach einer Entlastung, insbesondere für Geringverdienende, entsprochen. Aktuell erfolgt in der Landeshauptstadt Potsdam zudem ein Verfahren der Rückzahlung zu viel gezahlter Elternbeiträge. Dabei erhalten Eltern auf Antrag Elternbeiträge erstattet. Damit werden identifizierte Fehler korrigiert und weitere Schritte in Richtung einer Beitragsentlastung, insbesondere für Geringverdienende, sichergestellt. Ergänzend sind jedoch Maßnahmen des Landes Brandenburg zu erwähnen, die zu einer deutlichen Entlastung führten und den Einstieg in eine Elternbeitragsfreiheit ermöglichen: Ab 1. August 2018 wurden Brandenburger Kita-Kinder im letzten Jahr vor der Einschulung beitragsfrei betreut. Alle Kinder aus Familien, die Sozialleistungen erhalten oder nur über ein geringes Einkommen verfügen, wurden ab 1. August 2019 beitragsfrei in der Kita betreut.

Welche Mittel wurden bereitgestellt?

Eine Herauslösung von Kosten der einzelnen Maßnahmen, die durch den Bürgervorschlag entstanden sind, ist aufgrund der oben beschriebenen Sachlage nicht möglich. Daher folgen hier die Gesamtkosten für die Bereitstellung der Kita-Betreuung.

	2015	2016
<u>Kostenplanung:</u>		
Aufwand:	71.488.800 EUR	72.363.100 EUR
Ertrag:	18.840.700 EUR	19.037.000 EUR
<u>Kostenergebnis:</u>		
Aufwand:	71.258.059 EUR	77.483.451 EUR
Ertrag:	21.141.519 EUR	27.380.482 EUR

Ausblick, Kostenplanung:

(2017 bis 2020, insgesamt Ertrag 149.313.500 EUR, Aufwand 410.566.600 EUR)

Kostenplan:	2017	2018	2019	2020
Aufwand:	86.714.400 EUR	98.668.100 EUR	102.889.500 EUR	122.294.600 EUR
Ertrag:	29.777.600 EUR	34.533.700 EUR	39.104.400 EUR	45.897.800 EUR

Weitere Infos online: <https://buerbeteiligung.potsdam.de/node/5369>

BüHH 2015/16, LBB-Nr. 12 (Drucksache: DS 14/SVV/1069 / Beschluss StVV: Prüfauftrag)

●●● GRÜN - Mehr Sauberkeit in Potsdam (Mülleimer, Werbekampagne)

Gefordert wird mehr Sauberkeit in Potsdam. Dazu sollten folgende Möglichkeiten genutzt werden: 1. Mehr krähensichere Papierkörbe (in Babelsberg und Waldstadt), 2. Häufigerer Leerungsrhythmus, 3. Finanzielle Beteiligung „müllintensiverer“ Unternehmen (McDonalds), 4. Werbekampagne zur Müllvermeidung, 5. Mehr Hundekot-Stationen in Potsdam.

► **Der Bürgervorschlag wurde von den Stadtverordneten in einen Prüfauftrag geändert.**

Prüfergebnis und Ausblick zur Realisierung: In den letzten Jahren erfolgte der Austausch von nicht krähensicheren Papierkörben und eine saisonale Anpassung der Leerungsintervalle. Zudem wurden im öffentlichen Straßenland Schilder mit dem Hinweis „Das ist unser Potsdam und nicht Ihr Müllplatz“ aufgestellt und jährliche Frühjahrsputzaktionen organisiert. Die Anzahl von Hundekotbeutelspender und Dog-Station hat sich auf mehr als 140 erhöht. Eine finanzielle Beteiligung „müllintensiver“ Unternehmen wurde als rechtlich nicht zulässig bewertet. Im Jahr 2015 wurden dazu rund 554.000 Euro und im Jahr 2016 etwa 365.000 Euro verausgabt. Für die Jahre 2017 bis 2020 wurden rund 2.899.000 Euro veranschlagt.

Welche Mittel wurden bereitgestellt?

	2015	2016
<u>Kostenplanung:</u>		
Aufwand:	457.000 EUR	457.000 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR
<u>Kostenergebnis:</u>		
Aufwand:	553.923 EUR	365.337 EUR
Ertrag:	0 EUR	806 EUR

Ausblick, Kostenplanung: (2017 bis 2020, insgesamt Aufwand 2.898.645 EUR)

Kostenplan:	2017	2018	2019	2020
Aufwand:	536.234 EUR	684.356 EUR	837.491 EUR	840.564 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR	0 EUR	0 EUR

Weitere Infos online: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/5809>

BüHH 2015/16, LBB-Nr. 13 (Drucksache: DS 14/SVV/1070 / Beschluss StVV: **Ablehnung**)

●●● ROT - Volkspark erhalten und ausbauen / Wohnqualität erhalten

Der Volkspark muss in seinen Umfängen inkl. Biophäre erhalten bleiben und sollte sportlich ausgebaut werden, zum Beispiel durch die Schaffung eines Baseballfeldes. Bisher gibt es davon nur eines in Potsdam. Es sollte im Park mehr Sitzecken geben. Man kann auch über Kneippbäder nachdenken. Es gibt im Potsdamer Norden immer weniger Spielplätze und Freiflächen durch eine maßlose Bebauung. Die Parkplätze werden immer weniger. Hier findet momentan eine Zerstörung der Wohnqualität statt.

► **Dieser Bürgervorschlag wurde von der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 4. März 2015 abgelehnt. Aus diesem Grund erfolgen hierzu im Rahmen der Rechenschaftslegung des Bürgerhaushalts 2015/16 keine weiteren Ausführungen.**

Weitere Infos online: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/5129>

BüHH 2015/16, LBB-Nr. 14 (Drucksache: DS 14/SVV/1072 / Beschluss StVV: Bereits in Umsetzung)

●●● GRÜN - Hort-/Freizeitbetreuung für Kinder mit geistiger Behinderung

Es wird die professionelle Schulabschluss- und Freizeitbetreuungen für Kinder mit geistiger Behinderung vorgeschlagen. Ziel ist die Entlastung der Familien und der Teilhabe der Kinder am allgemeinen Leben. Bisher fehlt der Blick auf das große Ganze. Eine gute Förderung und Inklusion für geistig behinderte Kinder - besonders an den Nachmittagen - kann helfen, ein höheres Maß an Selbstständigkeit zu erlangen. Das bedeutet später ein geringerer Hilfebedarf.

Ausblick zur Realisierung: Eine Freizeitbetreuung für Jugendliche ab dem 15. Lebensjahr ist im Rahmen der Schulabschlussbetreuung im Oberlinhaus möglich. Dieses Angebot ist im Jahr 2016 ans Netz gegangen. Im selben Jahr wurden hierfür Mittel in Höhe von rund 114.000 Euro verausgabt. Seit dem Folgejahr stehen jährlich insgesamt 200.000 Euro zur Verfügung.

Welche Mittel wurden bereitgestellt?

	2015	2016
<u>Kostenplanung:</u>		
Aufwand:	0 EUR	83.500 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR
<u>Kostenergebnis:</u>		
Aufwand:	0 EUR	114.198 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR

Ausblick, Kostenplanung: (2017 bis 2020, insgesamt Aufwand 800.000 EUR)

Kostenplan:	2017	2018	2019	2020
Aufwand:	200.000	200.000	200.000	200.000
	EUR	EUR	EUR	EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR	0 EUR	0 EUR

Weitere Infos online: <http://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/5419>

BüHH 2015/16, LBB-Nr. 15 (Drucksache: DS 14/SVV/1073 / Beschluss StVV: Prüfauftrag)

●●● GRÜN - Bessere Planung des Öffentlichen Nahverkehrs

Vorgeschlagen wird eine verbesserte Planung des öffentlichen Nahverkehrs unter Einbeziehung folgender Hinweise: 1. Einrichtung einer direkten Busverbindung von Eiche/Golm und Bornim, 2. Bessere Anbindung Eiche an den öffentlichen Nahverkehr, bspw. über eine Busspur, 3. Nachtverkehr: Verbindungen auch nach 20 Uhr aufrechterhalten, 4. Anschlüsse des Potsdamer Öffentlichen Nahverkehrs an das Bahnnetz verbessern, 5. Busse 609 und 695 zukünftig über Jägerallee fahren lassen. 6. Busse 605 und 606 im engeren Stadtgebiet unterschiedliche Routen fahren lassen (bspw. über Friedenskirche), 7. Nahverkehr von und nach Marquardt: werktags halbstündig, am Wochenende stündlich.

► **Der Bürgervorschlag wurde von den Stadtverordneten in einen Prüfauftrag geändert.**

Prüfergebnis / Ausblick zur Realisierung: Laut Prüfergebnis konnte ein Teil der Maßnahmen berücksichtigt und umgesetzt werden. So enthält die Fortschreibung des Nahverkehrsplans der Landeshauptstadt Potsdam unter anderem die Erstellung des Buskonzepts Nordwest, welches unter anderem neue Tangentialverbindungen zwischen dem Norden und dem Westen der Stadt durch die Amundsenstraße zum Ergebnis haben soll. Daneben hat die Buslinie 609 seit dem Fahrplanwechsel im Dezember an der Haltestelle Campus Jungfernsee einen direkten Anschluss an die Straßenbahnlinie 96. Weiter wird in Ergänzung zum vorhandenen Fahrplanangebot im Dezember 2022 mit Inbetriebnahme der Mobilitätsdrehscheibe Marquardt die Buslinie 609 verlängert. Der Ortsteil Marquardt erhält somit neue und zusätzliche Verbindungen in die anderen nördlichen Ortsteile sowie zur Straßenbahnlinie 96. Die vorgenannten Maßnahmen wurden im Zuge der Umsetzung des Nahverkehrsplans der Landeshauptstadt Potsdam realisiert und aus dem laufenden ÖPNV-Budget finanziert. Eine Aufschlüsselung der Mittel für die einzelnen Vorschläge ist nicht möglich.

Welche Mittel wurden bereitgestellt?

Die vorgenannten Maßnahmen wurden im Zuge der Umsetzung des Nahverkehrsplans der Landeshauptstadt Potsdam realisiert und aus dem laufenden ÖPNV-Budget finanziert. Da eine Aufschlüsselung der Kosten einzelne Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt nicht möglich ist, beziehen sich die folgenden Angaben auf das gesamte konsumtive ÖPNV-Budget. Der Zuschuss der Landeshauptstadt Potsdam zu den ÖPNV-Betriebskosten wurde in der „Ver Vereinbarung zur Bereitstellung der finanziellen Mittel zur Finanzierung der ÖPNV-Leistungen der ViP Verkehrsbetrieb Potsdam GmbH in Potsdam für die Jahre 2015 bis 2019“ festgeschrieben und entsprechend ausgezahlt.

	2015	2016
<u>Kostenplanung:</u>		
Aufwand:	10.115.000 EUR	10.478.000 EUR
Ertrag:	6.050.000 EUR	6.050.000 EUR
<u>Kostenergebnis:</u>		
Aufwand:	10.115.000 EUR	10.478.000 EUR
Ertrag:	6.050.000 EUR	6.050.000 EUR

Ausblick, Kostenplanung:

(2017 bis 2020, insgesamt Ertrag 24.600.000 EUR, Aufwand 47.351.000 EUR)

Kostenplan:	2017	2018	2019	2020
Aufwand:	10.758.000 EUR	11.256.000 EUR	11.668.000 EUR	13.669.000 EUR
Ertrag:	6.050.000 EUR	6.250.000 EUR	6.150.000 EUR	6.150.000 EUR

Weitere Infos online: <https://buerbeteiligung.potsdam.de/node/5282>

BüHH 2015/16, LBB-Nr. 16 (Drucksache: DS 14/SVV/1074 / Beschluss StVV: Bereits in Umsetzung)

GRÜN - Bessere Ausstattung, Technik und Medien an Potsdamer Schulen

Für den optimalen Unterricht wünschen sich Potsdamer Schüler/innen dringend eine bessere Ausstattung ihrer Schulen insbesondere mit Technik und neuen Medien.

Kurzer Ausblick zur (zukünftigen) Realisierung: Mit Beschluss des Doppelhaushalts 2020/21 und der begleitenden Mittelfristplanung bis 2024 ist, neben dem Digitalpakt (Laufzeit 2020-24), die Realisierung von IT-Projekten und die IT-Beschaffung an Potsdamer Schulen in kommunaler Trägerschaft finanziell abgesichert. Um dies zu realisieren, wird es zukünftig zudem einen „Warenkorb Schul-IT“ geben. Dabei stehen die Schaffung der digitalen Infrastruktur, die Verbesserung der Internetanbindungen sowie die WLAN-Abdeckung und die Ausstattung der Unterrichtsräume mit interaktiven Tafeln und Displays im Fokus.

Welche Mittel wurden bereitgestellt?

Die Auswertung der Zahlen zeigt, dass die ursprünglich geplanten Ansätze der Jahre 2015 bis 2017 für Leasing von PC-Technik sowie Miete technischer Geräte nicht vollumfänglich ausgeschöpft werden konnten. Hintergrund waren Verzögerungen im Vergabeprozess.

Finanzhaushalt (ab 2020 mit Digitalpakt-Ansätze):

Kostenplanung:	2015	2016
Aufwand:	63.300 EUR	132.500 EUR
Kostenergebnis:		
Aufwand:	96.700 EUR	54.100 EUR

Ergebnishaushalt (Miete & Leasing technische Geräte der Schul-IT):

Kostenplanung:	2015	2016
Aufwand:	471.100 EUR	539.800 EUR
Kostenergebnis:		
Aufwand:	177.583 EUR	330.926 EUR

Ausblick, Kostenplanung: (2017 bis 2020, insgesamt 4.778.400 EUR)

Kostenplan:	2017	2018	2019	2020
Aufwand:	769.800 EUR	1.267.600 EUR	1.271.000 EUR	1.470.000 EUR

Weitere Infos online: <http://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/5426>

BüHH 2015/16, LBB-Nr. 17 (Drucksache: DS 14/SVV/1075 / Beschluss StVV: **Ablehnung**)

●●● ROT - Entlastungsstraße für Potsdam Nord

Gefordert wird eine Entlastungsstraße für Potsdam. Es ist leichtsinnig und unverantwortlich, wenn die Grundstücke einer möglichen Entlastungsstraße im Norden weggeben werden und sich somit Potsdam die Zukunft verbaut. Es sollte zumindest die Option einer Entlastungsstraße für die nächsten Generationen offen gehalten werden.

► **Dieser Bürgervorschlag wurde von der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 4. März 2015 abgelehnt. Aus diesem Grund erfolgen hierzu im Rahmen der Rechenschaftslegung des Bürgerhaushalts 2015/16 keine weiteren Ausführungen.**

Weitere Infos online: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/5340>

BüHH 2015/16, LBB-Nr. 18 (Drucksache: DS 14/SVV/1076 / Beschluss StVV: Prüfauftrag)

●●● GRÜN - Ausgaben für „Barrierefreie Wege“ deutlich erhöhen

Die Kosten für "Barcelona" (Ziel Herstellung barrierefreier Wege) sollten auf die Hälfte des jährl. Budgets des Radfahrkonzepts erhöht werden. Konkret betroffen sind unter anderem folgende Bereiche: Potsdam West (Umfeld des Bahnhofs Charlottenhof bis zum Gehweg im Bogen), Innen- und Berliner Vorstadt (Heilig-Geist- und Ludwig-Richter-Straße), Uferweg zwischen Humboldtbrücke und Eingang Babelsberger Park, Fahrland (Priesterweg) sowie Kartzow und Krampnitz.

► Der Bürgervorschlag wurde von den Stadtverordneten in einen Prüfauftrag geändert.

Prüfergebnis / Ausblick zur Realisierung: An verschiedenen Stellen im Stadtgebiet wurden Anpassungen vorgenommen, unter anderem in der Berliner Vorstadt, rund um die Heilig-Geist- und Ludwig-Richter-Straße, in Babelsberg und Potsdam West. Im Haushalt 2015 wurden 120.000 Euro für die behindertengerechte Umgestaltung an Verkehrsanlagen bereitgestellt, 40.000 zusätzlich zu den zunächst vorgesehenen 80.000 Euro.

Welche Mittel wurden bereitgestellt?

	2015	2016
<u>Kostenplanung:</u>		
Aufwand:	120.000 EUR	120.000 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR
<u>Kostenergebnis:</u>		
Aufwand:	109.533 EUR	167.688 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR

Ausblick, Kostenplanung: (2017 bis 2020, insgesamt Aufwand 884.200 EUR)

Kostenplan:	2017	2018	2019	2020
Aufwand:	220.000 EUR	221.600 EUR	221.600 EUR	221.600 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR	0 EUR	0 EUR

Weitere Infos online: <https://buerbeteiligung.potsdam.de/node/5319>

BüHH 2015/16, LBB-Nr. 19 (Drucksache: DS 14/SVV/1077 / Beschluss StVV: Annahme)

●●● GRÜN - Förderung Nachbarschaftshaus "Scholle 34"

Die ehemalige Großgaststätte „Charlottenhof“ soll nach vielen Jahren Leerstand wiederbelebt werden - als Nachbarschaftshaus für alle Menschen im Stadtteil und darüber hinaus. Nach einer Ideenwerkstatt des Stadtteilnetzwerks Potsdam-West im November 2013, hat eine daraus hervorgegangene Arbeitsgruppe ein Konzept für die „Scholle 34“ erstellt (www.scholle34.de). Ziel dieses Vorschlags ist eine ideelle, aber auch finanzielle Unterstützung der Stadt Potsdam für die Sanierung des Hauses. Im Jahr 2015 und 2016 soll das Außengelände der „Scholle 34“ mit vielfältigen Nutzungsbereichen in Eigenarbeit gestaltet werden, wofür Material und Werkzeug benötigt wird.

Ausblick zur Realisierung: Die Projektförderung wurde mit Veröffentlichung des Betreiber- und Nutzungskonzepts sowie eines dazu gehörigen Raumkonzeptes zum Abschluss gebracht. Im Doppelhaushalt 2015/16 wurden dazu insgesamt 100.000 Euro zur Verfügung gestellt. Weitere Zuwendungen folgten in den Jahren 2017 bis 2019. Zum Jahreswechsel 2019 / 2020 erfolgte des weiteren die Erstellung des Fördermittelantrags zum Projektauftrag „Förderung von Investitionen in nationale Projekte des Städtebaus 2020“.

Welche Mittel wurden bereitgestellt?

	2015	2016
Kostenplanung:		
Aufwand:	50.000 EUR	50.000 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR
Kostenergebnis:		
Aufwand:	22.700 EUR	38.300 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR

Ausblick, Kostenplanung: (2017 bis 2020, insgesamt Aufwand 169.700 EUR)

Kostenplan:	2017	2018	2019	2020
Aufwand:	49.700 EUR	32.750 EUR	87.250 EUR	0 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR	0 EUR	0 EUR

Weitere Infos online: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/5076>

BüHH 2015/16, LBB-Nr. 20 (Drucksache: DS 14/SVV/1078 / Beschluss StVV: Prüfauftrag)

●●● GRÜN - Neubau und Erneuerung Sportanlagen im Potsdamer Norden

Im Potsdamer Norden sind die infrastrukturellen Bedingungen für den Breiten- und Vereinssport absolut unzureichend. Dringend notwendig ist die Errichtung einer wettkampftauglichen Sportstätte, die neben dem Schulsport auch für den Vereinssport (mit dem Schwerpunkt Fußball) genutzt werden kann. Parallel dazu ist eine Erneuerung der vorhandenen Sportanlage an der Kirschallee (Kunstrasen und Erweiterung) erforderlich.

► Der Bürgervorschlag wurde von den Stadtverordneten in einen Prüfauftrag geändert.

Zwischenstand der Prüfung: Im Jahr 2015 wurden finanzielle Mittel in Höhe von rund 315.000 Euro für den Umbau der Sportanlage in der Kirschallee verwendet. Im Sinne der Prüfung des Bürgervorschlags war es zunächst Aufgabe, Grundstücke zu bestimmen und die Einordnung der Finanzierung entsprechend den vordringlichsten Finanzierungsprioritäten (u.a. Schulbau) vorzusehen. Nach jetzigem Planungsstand wären im Potsdamer Norden perspektivisch an mehreren Standorten wettkampftaugliche Sportfreianlagen für den Schul- und/oder Vereinssport vorgesehen bzw. eine Erweiterung der vorhandenen Anlagen möglich. Prüfungen erfolgten für Anlagen am Kuhfordamm in Golm, Remisenpark im Bornstedter Feld, den ehemaligen Schießplatz in Groß Glienicke sowie Areale in Fahrland und Krampnitz.

Welche Mittel wurden bereitgestellt?

	2015	2016
Kostenplanung:		
Aufwand:	430.000 EUR	0 EUR

Ertrag: 0 EUR 0 EUR

Kostenergebnis:

Aufwand: 315.000 EUR 0 EUR

Ertrag: 0 EUR 0 EUR

Ausblick, Kostenplanung:

Kostenplan:	2017	2018	2019	2020
Aufwand:	0 EUR	0 EUR	0 EUR	0 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR	0 EUR	0 EUR

Weitere Infos online: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/5535>



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

20/SVV/1394

Betreff:
Bürgerhaushalt 2017 - Rechenschaftsbericht

öffentlich

bezüglich
DS Nr.: 08/SVV/0961

Erstellungsdatum	16.11.2020
Eingang 502:	17.11.2020

Einreicher: GB 1 Finanzen, Investitionen und Controlling

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

02.12.2020 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Inhalt der Mitteilung:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Rechenschaftsbericht der Landeshauptstadt Potsdam zum Stand der Umsetzung der Vorschläge aus dem Bürgerhaushaltsverfahren 2017 (Anlage)



Bürgerhaushalt 2017

***Kurzfassung: Rechenschaftsbericht
zur Umsetzung der Bürgervorschläge***

Rechenschaftsbericht Bürgerhaushalt 2017

Erläuterungen:

Der Potsdamer Bürgerhaushalt 2017 wurde in einem sechsmonatigen Beteiligungsprozess durchgeführt. Es beteiligten sich rund 14.690 Potsdamerinnen und Potsdamer. Insgesamt wurden 1.141 Vorschläge eingereicht. In zwei Abstimmungsrunden wurde eine Liste der am besten bewerteten Bürgeranregungen ermittelt.

Die Liste der 20 am besten bewerteten Bürgeranregungen wurde am 2. November 2016 der Stadtverordnetenversammlung zur Entscheidung übergeben und in allen Fraktionen, Fachausschüssen und Ortsbeiräten thematisiert. Am 1. März 2017 entschied die Stadtverordnetenversammlung über den Bürgerhaushalt 2017. Von den 20 Bürgeranregungen wurden acht Bürgervorschläge angenommen und als "Bereits in Umsetzung" bestätigt. Fünf Ideen sollten weiter geprüft werden. Sieben Bürgervorschläge fanden keine Mehrheit.



Unterteilt nach der Platzierung bei der Votierung sind im Folgenden die konkreten Umsetzungsergebnisse der Vorschläge zum Bürgerhaushalt 2017 aufgelistet. Die Auswertung bezieht sich auf das Haushaltsjahr 2017. Weiterhin wurde der Ausblick für darauffolgende Haushaltsjahre vermerkt, wenn eine Umsetzung ab 2018 geplant wurde. Die jeweils ergänzten Ampeln zeigen den Status der Umsetzung.

●●● > Umsetzung ist abgeschlossen / findet statt / in Planung. (11)

●●● > Umsetzung kann nicht realisiert werden. (9, davon 7 Ablehnungen)

Zusammenfassung der umgesetzten Mittel für Vorschläge des Bürgerhaushalts 2017:

Ergebnis Erträge lt. Jahresabschluss 2017:	1.780.777 Euro
Ergebnis Aufwendungen lt. Jahresabschluss 2017:	3.751.401 Euro

Ausblick (2018-2020):

Geplante Erträge in Folgejahren:	6.100.000 Euro
Geplante Aufwendungen in Folgejahren:	15.301.011 Euro

Platz	Beschluss der StVV	Titel	Ergebnis 2017 in EUR	PLAN ab 2018 GESAMT in EUR
			Ertrag (+)	+1.780.777
			Aufwand (-)	-3.751.401
				+6.100.000
				-15.301.011
1	Annahme	Kein öffentliches Geld für den Abriss des Hotels Mercure	0	0
2	Annahme	Keine städtischen Mittel für den Aufbau der Garnisonkirche	0	0
3	Ablehnung	Hundesteuer deutlich anheben	/	/
4	Ablehnung	Reduzierung der Fraktionsfinanzierung	/	/
5	Ablehnung	Gebühren für Feuerwerke erhöhen	/	/
6	Bereits in Ums.	Tierheimneubau in Potsdam fördern	0	-281.000
7	Ablehnung	Kita- und Hortgebühren anpassen und senken	/	/
8*	Annahme	Mehr Kita-Personal durch Co-Finanzierung der Stadt	+0 -0	+2.947.600 -13.500.000
9	Ablehnung	Umgehungsstraße in der Verkehrsentwicklung berücksichtigen	/	/
10	Prüfauftrag	Rechenzentrum als Ort für Kreative erhalten	-460.000	-500.000
11	Bereits in Ums.	Mehr Sauberkeit durch weitere Mülleimer und häufigere Leerung	+1.138 -536.234	+0 -2.362.411
12	Ablehnung	Gutachten gegen den Weiterbetrieb des Atomreaktors in Wannsee	/	/
13*	Annahme	Dichtere Takte des Öffentlichen Nahverkehrs im Berufsverkehr	+2.100.000 -4.700.000	+2.000.000 -2.000.000
14	Prüfauftrag	Aufwandsentschädigungen für Ehrenamtler: Fahrtkosten	-12.000	-36.000
15	Prüfauftrag	Bessere Betreuung für Schüler und Kinder mit Behinderung	-158.788	-600.000
16*	Prüfauftrag	Potsdams Radwege ausbauen und mehr Radschnellwege einrichten	+0 -1.542.800	+3.327.500 -6.721.600
17	Ablehnung	Instandsetzung und Modernisierung anstatt Abriss in der Innenstadt	/	/
18	Prüfauftrag	Biosphäre erhalten: Kiez-/Freibad, Eventraum, Schule	+24.639 -220.629	+300.000 -836.000
19	Annahme	Neugestaltung Potsdamer Mitte umsetzen: Hist. Stadtgrundriss	+1.755.000 -2.363.750	+5.800.000 -10.160.000
20	Prüfauftrag	Instandsetzung und Modernisierung Sportplatz zum Kahleberg	-9.000	-525.600

* Keine Aussage zu den auf den Bürgervorschlag bezogenen Kosten möglich. Angeführt sind hier Gesamtkosten für Radverkehrskonzept und Kosten für verbesserte Betreuung, Infrastruktur ÖPNV). Die Werte sind daher auch nicht in den Gesamtwert (schwarze Zeile) einbezogen.

BüHH 2017, LBB-Nr. 1 (Drucksache: DS 16/SVV/0674 / Beschluss StVV: Annahme)

●●● GRÜN - Kein öffentliches Geld für den Abriss des Hotels Mercure

Für den Abriss des Hotel Mercure sind keine finanziellen Mittel der Landeshauptstadt bereitzustellen.

Ausblick zur Realisierung: Es wurden weder Maßnahmen seitens der Landeshauptstadt Potsdam zum Kauf oder Abriss des Gebäudes getätigt, noch finanzielle Mittel aus dem Treuhandvermögen zur Verfügung gestellt.

Welche Mittel wurden bereitgestellt?

Kostenplanung 2017:

Aufwand: 0 EUR Ertrag: 0 EUR

Kostenergebnis 2017:

Aufwand: 0 EUR Ertrag: 0 EUR

Ausblick, Kostenplanung:

Kostenplan:	2018	2019	2020
Aufwand:	0 EUR	0 EUR	0 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR	0 EUR

Weitere Infos online: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/6888>

BüHH 2017, LBB-Nr. 2 (Drucksache: DS 16/SVV/0677 / Beschluss StVV: Annahme)

●●● GRÜN - Keine städtischen Mittel für den Aufbau der Garnisonkirche

Für den Wiederaufbau der Garnisonkirche sind keine städtischen (in keiner Form) Mittel einzusetzen.

Ausblick zur Realisierung: Es wurden keine Mittel aus dem städtischen Haushalt verausgabt.

Welche Mittel wurden bereitgestellt?

Kostenplanung 2017:

Aufwand: 0 EUR Ertrag: 0 EUR

Kostenergebnis 2017:

Aufwand: 0 EUR Ertrag: 0 EUR

Ausblick, Kostenplanung:

Kostenplan:	2018	2019	2020
Aufwand:	0 EUR	0 EUR	0 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR	0 EUR

Weitere Infos online: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/6854>

BüHH 2017, LBB-Nr. 3 (Drucksache: DS 16/SVV/0678 / Beschluss StVV: **Ablehnung**)

●●● ROT - Hundesteuer deutlich anheben

Deutliche Erhöhung der Hundesteuer.

► **Dieser Bürgervorschlag wurde von der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 4. März 2015 abgelehnt. Aus diesem Grund erfolgen hierzu im Rahmen der Rechenschaftslegung des Bürgerhaushalts 2017 keine weiteren Ausführungen.**

Weitere Infos online: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/7079>

BüHH 2017, LBB-Nr. 4 (Drucksache: DS 16/SVV/0679 / Beschluss StVV: **Ablehnung**)

●●● ROT - Reduzierung der Fraktionsfinanzierung

Reduzierung der Fraktionsfinanzierung um 20% (Diskussionsgrundlage) als symbolisches Zeichen der Kommunalpolitik gegenüber anderen Ehrenamtlern Potsdams.

► **Dieser Bürgervorschlag wurde von der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 4. März 2015 abgelehnt. Aus diesem Grund erfolgen hierzu im Rahmen der Rechenschaftslegung des Bürgerhaushalts 2017 keine weiteren Ausführungen.**

Weitere Infos online: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/7655>

BüHH 2017, LBB-Nr. 5 (Drucksache: DS 16/SVV/0680 / Beschluss StVV: **Ablehnung**)

●●● ROT - Gebühren für Feuerwerke erhöhen

Die Gebühren für private Feuerwerke in der Landeshauptstadt Potsdam sind anzupassen und zu erhöhen.

► **Dieser Bürgervorschlag wurde von der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 4. März 2015 abgelehnt. Aus diesem Grund erfolgen hierzu im Rahmen der Rechenschaftslegung des Bürgerhaushalts 2017 keine weiteren Ausführungen.**

Weitere Infos online: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/7649>

BüHH 2017, LBB-Nr. 6 (Drucksache: DS 16/SVV/0681 / Beschluss StVV: Bereits in Umsetzung)

●●● GRÜN - Tierheimneubau in Potsdam fördern

Die Landeshauptstadt Potsdam unterstützt das Projekt des Tierschutzvereins Potsdam und Umgebung e.V. finanziell. Ziel ist es, die Ressourcen für den schnellen Aufbau des Tierheims zu bündeln und auf dem vom Tierschutzverein erworbenen Grundstück an der Michendorfer Chaussee, ein Tierheim zu errichten.

Ausblick zur (zukünftigen) Realisierung: Die Eröffnung des Tierheims mit ca. 50 Plätzen für Hunde, Katzen und Heimtiere sowie den erforderlichen Betriebs- und Funktionsräumen wird im 3. Quartal 2020 erwartet. Zwischenzeitlich wurden im Frühjahr 2020 die im städtischen Haushalt mitgeführten Spendenmittel in Höhe von 131.000 Euro in einem Zuwen-

ungsverfahren an den Tierschutzverein Potsdam und Umgebung e.V. (TSV) ausgereicht. Im Bürgerhaushalt 2018/19 hat sich der Vorschlag zu einer einmaligen Startfinanzierung des Tierheims mit 150.000 Euro durchgesetzt. Mit einer zweckgebundenen Zuwendung ist beabsichtigt, dem TSV anteilig die Personalkosten für einen Zeitraum von zwei Jahren nach Eröffnung des Tierheims zu finanzieren. Derzeit bereitet der TSV den Zuwendungsantrag für diese Startfinanzierung vor.

Welche Mittel wurden bereitgestellt?

Kostenplanung 2017:

Aufwand: 0 EUR Ertrag: 0 EUR

Kostenergebnis 2017:

Aufwand: 0 EUR Ertrag: 0 EUR

Ausblick, Kostenplanung: (2018 bis 2020, insgesamt Aufwand 281.000 EUR)

Kostenplan:	2018	2019	2020
Aufwand:	0 EUR	0 EUR	131.000 + 150.000 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR	0 EUR

Weitere Infos online: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/6977>

BüHH 2017, LBB-Nr. 7 (Drucksache: DS 16/SVV/0682 / Beschluss StVV: **Ablehnung**)

●●● ROT - Kita- und Hortgebühren anpassen und senken

Die Kita-Beiträge sind zu senken. Als Bemessungsgrundlage für die Berechnung sind nicht das Bruttogehalt und Sondervergütungen wie Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld, etc. heran zu ziehen. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das Ungleichgewicht zwischen Potsdam und dem benachbarten Berlin sowie Michendorf, Saarmund und vielen benachbarten Landkreisen geringfügig zu mildern und für eine Gleichberechtigung für die Eigenleistung gem. § 11 KitaFR zu sorgen. Kappungsgrenzen (Höchstsätze) für die Einkommen bei den Eltern sind nicht festzulegen und jedem Einkommen bzw. jeder Einkommensgruppe ist ein Gebührensatz zuzuordnen.

► **Dieser Bürgervorschlag wurde von der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 4. März 2015 abgelehnt. Aus diesem Grund erfolgen hierzu im Rahmen der Rechenschaftslegung des Bürgerhaushalts 2017 keine weiteren Ausführungen.**

Weitere Infos online: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/6790>

BüHH 2017, LBB-Nr. 8 (Drucksache: DS 16/SVV/0684 / Beschluss StVV: Annahme)

●●● ROT - Mehr Kita-Personal durch Co-Finanzierung der Stadt

Die Landeshauptstadt Potsdam trägt stärker zur Finanzierung von KiTa-Personal bei. Ziel ist es, die gesetzlichen Rahmenbedingungen (1:6) zu erfüllen und den tatsächlichen Betreuungsumfang jedes KiTa-Kindes mit zu finanzieren. Zur Kompensation von Ausfällen sind zusätzliche Mittel einzustellen.

Kurzer Ausblick zur Realisierung: Die freiwillige Entscheidung der Landeshauptstadt Potsdam zur Verbesserung der Betreuungsqualität bei Betreuungszeiten über 8 Stunden

täglich in Potsdamer Kitas aus dem Jahr 2017 mit Wirksamkeit ab 1. Januar 2018 wird auch im Kita-Jahr 2020/21 weitergeführt. Zu welchem Zeitpunkt darauf verzichtet werden kann, wird von den weiteren landesgesetzlichen Regelungen abhängen. Seit dem Jahr 2018 werden für diese Maßnahme jährlich rund 4,5 Mio Euro veranschlagt. Ergänzend ist darauf hinzuweisen, dass zum 1. August 2020 die letzte Anpassung des Betreuungsschlüssels durch das Land Brandenburg erfolgte (Krippe 1/5, Kiga 1/10).

Welche Mittel (für die freiwillige Entscheidung der LHP zur Verbesserung der Betreuungsqualität bei Betreuungszeiten über 8 Stunden) wurden bereitgestellt?

Da die Verbesserung der Betreuungsqualität bei Betreuungszeiten über 8 Stunden täglich in Potsdamer Kitas erst seit 01.01.2018 greift, sind für 2017 keine Mittel verwendet worden.

Kostenplanung 2017:

Aufwand: 0 EUR Ertrag: 0 EUR

Kostenergebnis 2017:

Aufwand: 0 EUR Ertrag: 0 EUR

Ausblick, Kostenplanung:

(2018 bis 2020, insgesamt Ertrag 2.947.600 EUR, Aufwand 13.500.000 EUR)

Kostenplan:	2018	2019	2020
Aufwand:	rund 4,5 Mio EUR	rund 4,5 Mio EUR	rund 4,5 Mio EUR
Ertrag:	0 EUR	859.000 EUR	2.088.600 EUR

Die Richtlinie des Landes Brandenburg vom 05.06.2019 über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von verlängerten Betreuungsumfängen im vorschulischen Bereich in Krippe und Kindergarten (RL-Kita-Betreuung) gilt bis zum 31.12.2020.

Weitere Infos online: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/7295>

BüHH 2017, LBB-Nr. 9 (Drucksache: DS 16/SVV/0685 / Beschluss StVV: **Ablehnung**)

●●● ROT - Umgehungsstraße in der Verkehrsentwicklung berücksichtigen

In der Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes Verkehr ist eine Umgehungsstraße zu berücksichtigen, die zu einer wesentlichen Reduzierung des Durchgangsverkehrs beiträgt.

► **Dieser Bürgervorschlag wurde von der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 4. März 2015 abgelehnt. Aus diesem Grund erfolgen hierzu im Rahmen der Rechenschaftslegung des Bürgerhaushalts 2017 keine weiteren Ausführungen.**

Weitere Infos online: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/7176>

BüHH 2017, LBB-Nr. 10 (Drucksache: DS 16/SVV/0686 / Beschluss StVV: Prüfauftrag)

●●● GRÜN - Rechenzentrum als Ort für Kreative erhalten

Das Rechenzentrum wird in eine langfristige Nutzungsstruktur überführt und als Ort für kreativen Austausch und Vernetzung genutzt. Für die Mieterinnen und Mieter ist Planungssicherheit zu schaffen.

► **Der Bürgervorschlag wurde von den Stadtverordneten in einen Prüfauftrag geändert.**

Prüfergebnis / Ausblick zur (zukünftigen) Realisierung: Die Prüfung wurde bis zum Sommer 2017 abgeschlossen. Die temporäre Nutzung des Rechenzentrums als Kunst- und Kreativhaus wurde in Abstimmung mit der Stiftung Garnisonkirche bis Ende des Jahres 2023 verlängert und durch die Stadtverordnetenversammlung bestätigt. Die für die temporäre Nutzung notwendigen Maßnahmen wurden umgesetzt (u.a. Brandschutzmaßnahmen, Herrichten Verbinder/Eingangsbereich, Einbau Behindertengerechtes WC). Der Mehraufwand, der durch den temporären Verbleib des Kunst- und Kreativhauses entsteht, wurde auf rund 960.000 Euro beziffert.

Welche Mittel wurden bereitgestellt?

Dem Sanierungsträger Potsdam wurden als Treuhänder der Sanierungsmaßnahme Potsdamer Mitte für die oben benannten Maßnahmen insgesamt 960.000 Euro in drei Tranchen in den Jahren 2017, 2018 und 2019 zur Verfügung gestellt. Die brandschutztechnische Ertüchtigung zur befristeten Nutzungsänderung als Kultur- und Kreativhaus bis 31.12.2023 wurde im Dezember 2019 genehmigt.

Kostenplanung 2017:

Aufwand: 0 EUR Ertrag: 0 EUR

Kostenergebnis 2017:

Aufwand: 460.000 EUR Ertrag: 0 EUR

Ausblick, Kostenplanung: (2018 bis 2020, insgesamt Aufwand 500.000 EUR)

Kostenplan:	2018	2019	2020
Aufwand:	200.000 EUR	300.000 EUR	0 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR	0 EUR

Weitere Infos online: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/7881>

BüHH 2017, LBB-Nr. 11 (Drucksache: DS 16/SVV/0687 / Beschluss StVV: Bereits in Umsetzung)

●●● GRÜN - Mehr Sauberkeit durch weitere Mülleimer und häufigere Leerung

Die Anzahl krähensicherer Abfallbehälter, größerer Mülleimer sowie Hundetoiletten mit Tüten ist insbesondere in Babelsberg, der Potsdamer Innenstadt und an den Radwegen entlang der Havel zu erhöhen. Darüber hinaus ist mehr Personal für die häufigere Leerung einzusetzen.

Kurzer Ausblick zur Realisierung: Die Aufstellung der Hundekotbeutelspender und Dog-Station erfolgte über das gesamte Stadtgebiet bedarfsgerecht. Zudem wurde saisonal im Bereich der Innenstadt der Leerungsrhythmus der Behälter erhöht.

Welche Mittel wurden bereitgestellt?

Kostenplanung 2017:

Aufwand: 457.000 EUR Ertrag: 0 EUR

Kostenergebnis 2017:

Aufwand: 536.234 EUR Ertrag: 1.138 EUR

Ausblick, Kostenplanung: (2018 bis 2020, insgesamt Aufwand 2.362.411 EUR)

Kostenplan:	2018	2019	2020
Aufwand:	684.356 EUR	837.491 EUR	840.564 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR	0 EUR

Weitere Infos online: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/6823>

BüHH 2017, LBB-Nr. 12 (Drucksache: DS 16/SVV/0688 / Beschluss StVV: **Ablehnung**)

●●● ROT - Gutachten gegen den Weiterbetrieb des Atomreaktors in Wannsee

Die Landeshauptstadt Potsdam wird beauftragt, mit einem Gutachten prüfen zu lassen, welche tatsächlichen, grenzübergreifenden und juristischen Einflussmöglichkeiten bestehen, um der Verantwortung zum Schutz der Potsdamer Bevölkerung im Falle einer Störung des auf Berliner Stadtgebiet stehenden Atomreaktors in Wannsee (BER II) nebst Sammelstelle für radioaktive Abfälle gerecht zu werden. Darüber hinaus ist das Ziel zu verfolgen, eine sofortige Abschaltung des Reaktors einzuleiten.

► **Dieser Bürgervorschlag wurde von der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 4. März 2015 abgelehnt. Aus diesem Grund erfolgen hierzu im Rahmen der Rechenschaftslegung des Bürgerhaushalts 2017 keine weiteren Ausführungen.**

Weitere Infos online: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/7442>

BüHH 2017, LBB-Nr. 13 (Drucksache: DS 16/SVV/0689 / Beschluss StVV: Annahme)

●●● GRÜN - Dichtere Takte des Öffentlichen Nahverkehrs im Berufsverkehr

Die Kapazitäten der Potsdamer Bahnen und Busse sind zu erhöhen und die Taktung der Fahrzeiten zu Stoßzeiten zu verdichten.

Kurzer Ausblick zur Realisierung: Die Verlängerung von acht vorhandenen Straßenbahnen des Typs Combino wurde erfolgreich abgeschlossen. Zudem werden bei der Anzahl der zu beschaffenden Bahnen zukünftige Taktverdichtungen auf stark nachgefragten Streckenstäben berücksichtigt. Die Maßnahmen wurden durch das „ÖPNV-Infrastrukturpaket“ finanziert (bereits seit dem Jahr 2015). Im Jahr 2017 wurden insgesamt rund 4,7 Mio Euro für die Kapazitätserweiterung von Combino-Straßenbahnen und die Ertüchtigung der Tatra-Straßenbahnen bereitgestellt. Zugleich wurde ein Ertrag in Höhe von 2,1 Mio Euro veranschlagt.

Welche Mittel wurden bereitgestellt?

Die Kosten für die Finanzierung lassen sich nur für das sogenannte ÖPNV-Infrastrukturpaket aufschlüsseln. Die zwei genannten Maßnahmen wurden in einem Paket von mehreren Maßnahmen beschlossen und aus einem Mix aus Landesmitteln, Eigenmitteln und Krediten finanziert. Im Rahmen des von den Stadtverordneten beschlossenen ÖPNV-Infrastrukturpaketes wurden für Sanierung und Verlängerung der Straßenbahnen rund 22 Mio. Euro zur Verfügung gestellt.

Eine Aufschlüsselung der Erträge für das gesamte Infrastrukturpaket ist zwar möglich (und in den finanziellen Auswirkungen zur DS 15/SVV/0302 dargestellt), auf die einzelnen Maßnahmen kann diese Aufschlüsselung jedoch nicht heruntergebrochen werden, da die Mittel jährlich an die Stadtwerke und den Verkehrsbetrieb für das gesamte Infrastrukturpaket ausgereicht wurden. Für die genannten Taktverdichtungen sowie die Neubeschaffung von Straßenbahnfahrzeugen befindet sich das Finanzierungskonzept gerade in Erarbeitung, daher können hier noch keine Angaben gemacht werden.

Die nachfolgenden Angaben beziehen sich deshalb nur auf die Kapazitätserweiterung von Combino-Straßenbahnen und die Ertüchtigung der Tatra-Straßenbahnen. Deren Finanzierung begann bereits im Jahr 2015.

Kostenplanung 2017:

Aufwand: 4.700.000 EUR Ertrag: 2.100.000 EUR

Kostenergebnis 2017:

Aufwand: 4.700.000 EUR Ertrag: 2.100.000 EUR

Ausblick, Kostenplanung:

(2018 bis 2020, insgesamt Ertrag 2.000.000 EUR, Aufwand 2.000.000 EUR)

Kostenplan:	2018	2019	2020
Aufwand:	1.500.000 EUR	500.000 EUR	0 EUR
Ertrag:	1.500.000 EUR	500.000 EUR	0 EUR

Weitere Infos online: <https://buerbereitigung.potsdam.de/node/6923>

LBB-Nr. 14 (Drucksache: DS 16/SVV/0690 / Beschluss StVV: Prüfauftrag)

●●● ROT - Aufwandsentschädigungen für Ehrenamtler: Fahrtkosten

Übernahme der Fahrtkosten für ehrenamtlich tätige Bürgerinnen und Bürger. Darüber hinaus wird bspw. in der kälteren Jahreszeit allen Potsdamer Vereinen eine bestimmte Anzahl an Freifahrtkarten zur Weitergabe an Trainer, Seelsorger oder andere Ehrenamtler zur Verfügung gestellt. Daneben geht die Landeshauptstadt Potsdam auf weitere Potsdamer Einrichtungen zu, mit dem Ziel, Ermäßigungen bei Eintrittsgeldern für Ehrenamtler anzubieten.

► Der Bürgervorschlag wurde von den Stadtverordneten in einen Prüfauftrag geändert.

Prüfergebnis / Ausblick zur Realisierung: Zur Finanzierung der Kosten für die Bereitstellung von Beratungsleistungen der Ehrenamtsagenturen, Organisation und Ausgabe der Ehrenamtskarte, der Gewinnung von Ehrenamtlichen durch Öffentlichkeitsarbeit sowie in begründeten Härtefällen die Erstattung von Aufwendungen (insbesondere der Fahrtkosten) werden jährlich 20.000 Euro bereitgestellt. Davon stehen 12.000 Euro für die Erstattung von Aufwendungen, die Ehrenamtlichen im Rahmen der ehrenamtlichen Tätigkeit entstehen, insbesondere der Fahrtkosten zur Verfügung. Entsprechend dieser Vorgaben (Härtefällen) wurden im Jahr 2017 insgesamt 12.000 Euro bereitgestellt. Zudem wurde im Rahmen des Doppelhaushalts 2018/19 geprüft, ob und ggf. wie die kostenlose Nutzung des Nahverkehrs für Inhaberinnen und Inhaber einer Ehrenamtskarte ermöglicht werden kann. Ferner wurde ein grundlegendes Konzept zur künftigen Gestaltung der Ehrenamtsarbeit in der Landeshauptstadt erstellt, in dem auch die hier gewünschten Aufwandsentschädigungen thematisiert wurden.

Welche Mittel wurden bereitgestellt?**Kostenplanung 2017:**

Aufwand: 12.000 EUR Ertrag: 0 EUR

Kostenergebnis 2017:

Aufwand: 12.000 EUR Ertrag: 0 EUR

Ausblick, Kostenplanung: (2018 bis 2020, insgesamt Aufwand 36.000 EUR)

Kostenplan:	2018	2019	2020
Aufwand:	12.000 EUR	12.000 EUR	12.000 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR	0 EUR

Weitere Infos online: <https://buerbereitstellung.potsdam.de/node/7052>

BüHH 2017, LBB-Nr. 15 (Drucksache: DS 16/SVV/0691 / Beschluss StVV: Prüfauftrag)

●●● GRÜN - Bessere Betreuung für Schüler und Kinder mit Behinderung

Erhöhung der Förderung für die Betreuung behinderter Kinder durch die Schaffung entsprechender Angebote. Darüber hinaus ist die Einrichtung und Finanzierung eines Fahrdiensttransports für den Hortbesuch von Förderschülern auch in den Ferien, entweder pauschal oder nach Einzelfall- und Härtefallprüfung, zu sichern. In den jährlich 13 Wochen Schulferien sollten durchschnittlich drei Wochen Hortbesuch je Förderschüler berücksichtigt werden. In diesem Zusammenhang ist die Fahrdienst-Satzung zu ändern und die Kostenübernahme durch die Stadt Potsdam zu sichern.

► Der Bürgervorschlag wurde von den Stadtverordneten in einen Prüfauftrag geändert.

Prüfergebnis / Ausblick zur Realisierung: Im Rahmen der Schulabschlussbetreuung wird für Jugendliche mit Behinderung (ab dem 15. Lebensjahr) auch in der Ferienzeit ein Betreuungsprogramm als freiwillige Maßnahme durch die Landeshauptstadt Potsdam vorgehalten. So wird für diese Jugendliche ein abwechslungsreiches und spannendes Ferienangebot vorgehalten. Bei Schüler/innen mit Behinderungen trägt die Landeshauptstadt Potsdam allein die kompletten Beförderungskosten. Jährlich stehen dafür 200.000 Euro zur Verfügung.

Aktualisierung (August 2020):

Die Schulabschlussbetreuung wird derzeit im konzeptionierten Rahmen weitergeführt. Aufgrund der Corona-Pandemie wurde die für dieses Jahr (2020) vorgesehene Neuausschreibung der Leistung auf 2021 verschoben.

Welche Mittel wurden bereitgestellt?**Kostenplanung 2017:**

Aufwand: 200.000 EUR Ertrag: 0 EUR

Kostenergebnis 2017:

Aufwand: 158.788 EUR Ertrag: 0 EUR

Ausblick, Kostenplanung: (2018 bis 2020, insgesamt Aufwand 600.000 EUR)

Kostenplan:	2018	2019	2020
Aufwand:	200.000 EUR	200.000 EUR	200.000 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR	0 EUR

Weitere Infos online: <https://buerbeteiligung.potsdam.de/node/7873>

BüHH 2017, LBB-Nr. 16 (Drucksache: DS 16/SVV/0692 / Beschluss StVV: Prüfauftrag)

●●● GRÜN - Potsdams Radwege ausbauen und mehr Radschnellwege einrichten

Fahrradwege sind zukünftig vom motorisierten Verkehr baulich zu trennen. Anzustreben ist ein eigenes Fahrradwegesystem und die Schaffung von kreuzungsfreien (frei von Ampeln, Ein- und Ausfahrten von Autos etc.), stadtteilverbindenden und den Straßenverläufen nicht zwingend folgenden Radfahrschnellwegen, z.B. eine Verbindung vom Kirchsteigfeld/Stern in die Stadt (auch der Weg parallel zur L40/Nutheschnellestraße). Darüber hinaus ist die direkte Verbindung zwischen der Geschwister-Scholl- und Zeppelinstraße entlang des Schafgrabens durch das Aufbringen einer neuen Decke zu verbessern und mit weiteren Maßnahmen (Geländer) zu sichern.

► Der Bürgervorschlag wurde von den Stadtverordneten in einen Prüfauftrag geändert.

Prüfergebnis / Ausblick zur Realisierung: Mit der im Sommer 2017 beschlossenen Fortschreibung des Radverkehrskonzepts wird grundsätzlich eine bauliche Trennung zwischen Rad- und Kraftfahrzeugverkehr in Potsdam angestrebt. In einer Machbarkeitsstudie zu Radschnellverbindungen wurde das Potential für verschiedene Verbindungen untersucht. Die Strecke parallel der Nuthestraße wurde dabei zwar nicht als Radschnellweg vermerkt, aber als Hauptroute erster Stufe in Form einer „normalen“ Radwegeverbindung im Zielnetz des Radverkehrskonzepts 2017 berücksichtigt. Nach Analyse des Schadensbilds am Schafgraben wurde erkannt, dass die Böschung instabil ist, sodass die Maßnahme größer wird als ursprünglich erwartet. Eine Umsetzung ist im Jahr 2021 vorgesehen.

Welche Mittel wurden bereitgestellt?

Eine Aufschlüsselung der Kosten einzelner Bürgervorschläge ist aufgrund der eingehend beschriebenen Sachverhalte nicht möglich. Die nachfolgend aufgelisteten Finanzmittel wurden für die Umsetzung des Radverkehrskonzepts der Landeshauptstadt Potsdam verwendet sowie aus dem laufenden Budget finanziert.

Kostenplanung 2017:

Aufwand:	1.542.800 EUR
Ertrag (Fördermittel):	0 EUR

Kostenergebnis 2017:

Aufwand (Ergebnishaushalt des FB 47)	520.777 EUR
Auszahlungen (Invest-Maßnahme RVK 0947 000140103)	936.123 EUR
Ertrag/Einzahlungen (Fördermittel)	0 EUR

>> Ergebnis in Summe:

Ausgaben (2017)	1.456.900 EUR
Einnahmen (2017)	0 EUR

Ausblick, Kostenplanung:

(2018 bis 2020, insgesamt Ertrag 6.721.600 EUR, Aufwand 3.327.500 EUR)

Kostenplan:	2018	2019	2020
Aufwand:	1.773.600 EUR	1.812.500 EUR	3.135.500 EUR
Ertrag (Fördermittel):	837.500 EUR	840.000 EUR	1.650.000 EUR

Weitere Infos online: <https://buerbeteiligung.potsdam.de/node/7122>

BüHH 2017, LBB-Nr. 17 (Drucksache: DS 16/SVV/0693 / Beschluss StVV: **Ablehnung**)

●●● ROT - Instandsetzung und Modernisierung anstatt Abriss in Potsdams Innenstadt

Öffentliche Finanzmittel in den innerstädtischen Sanierungsgebieten werden vornehmlich zur Instandhaltung und Modernisierung gegenwärtig genutzter und zukünftig weiterhin nutzbarer Gebäude eingesetzt. Öffentliche Mittel werden für die Renovierung und nicht für den Abriss von Gebäuden der Potsdamer Innenstadt (wie z.B. der Fachhochschule, des Hotels Mercure, des Staudenhofs, des Minsk oder des Rechenzentrums) verwendet.

► **Dieser Bürgervorschlag wurde von der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 4. März 2015 abgelehnt. Aus diesem Grund erfolgen hierzu im Rahmen der Rechenschaftslegung des Bürgerhaushalts 2017 keine weiteren Ausführungen.**

Weitere Infos online: <https://buerbeteiligung.potsdam.de/node/6998>

BüHH 2017, LBB-Nr. 18 (Drucksache: DS 16/SVV/0694 / Beschluss StVV: Prüfauftrag)

●●● GRÜN - Biosphäre erhalten: Kiez-/Freibad, Eventraum, Schule

Die Biosphäre ist zu erhalten und eine weitere Nutzung bzw. Umgestaltung zu einem Kiezbad, Eventraum oder einer Schule zu ermöglichen. Dem hohen Nutzungsinteresse der Potsdamer für das Gebäude ist Rechnung zu tragen.

► **Der Bürgervorschlag wurde von den Stadtverordneten in einen Prüfauftrag geändert.**

Prüfergebnis / Ausblick zur Realisierung: Im Jahr 2017 sind mögliche Varianten für die Nachnutzung der Biosphärenhalle untersucht worden. Dies waren im Einzelnen: Modifizierte Tropenhalle, Wegfall der Tropenhalle und Umsetzung sozialer Infrastruktur im Gebäude (Haus-in-Haus), Abriss und Verkauf der Fläche. Auch alternative Nutzungskonzepte zur Erfüllung pflichtiger Aufgaben der Landeshauptstadt Potsdam (Kita, Jugendfreizeit) wurden geprüft, jedoch nach Bedarfsprüfung und Diskussion ausgeschlossen. Im Sommer 2018 hat ein Kreativ-Prozess stattgefunden. Dabei wurden die Nachnutzungsszenarien für das Gebäude unter Erhalt des „Tropenwaldes“ evaluiert und in der wirtschaftlichen Ausprägung bewertet. Wesentliches Ergebnis ist ein Bekenntnis aller Akteure zur ganzheitlichen Entwicklung (mit der Neuausrichtung der Biosphäre zu einer Erlebnis- und Wissenswelt). Das erarbeitete Konzept „Biosphäre 2.0“ soll durch eine ökonomische Machbarkeitsstudie konkretisiert werden, in der insbesondere die in der Konzeption getroffenen Annahmen valide geprüft, ein Betriebs- und Betreiberkonzept aufgezeigt und die zu erwartenden finanziellen Belastungen deutlich benannt werden.

Welche Mittel wurden bereitgestellt?

Kostenplanung 2017:

Aufwand: 435.000 EUR Ertrag: 100.000 EUR

Kostenergebnis 2017:

Aufwand: 220.629 EUR Ertrag: 24.639 EUR

Ausblick, Kostenplanung:

(2018 bis 2020, insgesamt Ertrag 300.000 EUR, Aufwand 836.000 EUR)

Kostenplan:	2018	2019	2020
Aufwand:	331.600 EUR	325.500 EUR	178.900 EUR
Ertrag:	100.000 EUR	100.000 EUR	100.000 EUR

Weitere Infos online: <https://buerberebeteiligung.potsdam.de/node/7387>

BüHH 2017, LBB-Nr. 19 (Drucksache: DS 16/SVV/0695 / Beschluss StVV: Annahme)

●●● GRÜN - Neugestaltung Potsdamer Mitte umsetzen: Historischer Stadtgrundriss

Das Konzept zur Neugestaltung der Potsdamer Mitte, einschließlich des Abrisses des Gebäudes der Fachhochschule und ein Beginn der Neugestaltung der neuen Stadtquartiere entlang der Friedrich-Ebert-Straße, ist weiterhin umzusetzen.

Ausblick zur (zukünftigen) Realisierung: Für die neuen Parzellen im Block III wurde 2018 das Grundstücksvergabeverfahren durchgeführt. Die Fachhochschule und die Freifläche des Staudenhofs wurde rückgebaut und die Erschließung der künftigen Blöcke III und IV fertiggestellt. Nach dem Bau der Tiefgarage im Block III startet der Hochbau. Die Finanzierung erfolgt aus dem Treuhandvermögen der städtebaulichen Gesamtmaßnahme Potsdamer Mitte.

Welche Mittel wurden bereitgestellt?**Kostenplanung Gesamtmaßnahme Stadterweiterung Süd/ Potsdamer Mitte 2017**

	Aufwand	Ertrag
konsumtiv	2.645.000 EUR	2.085.000 EUR
investiv	2.645.000 EUR	2.085.000 EUR
Gesamt:	5.290.000 EUR	4.170.000 EUR

Kostenergebnis Gesamtmaßnahme Stadterweiterung Süd/Potsdamer Mitte 2017

	Aufwand	Ertrag
konsumtiv	1.181.875 EUR	877.500 EUR
investiv	1.181.875 EUR	877.500 EUR
Gesamt:	2.363.750 EUR	1.755.000 EUR

Ausblick, Kostenplanung (konsumtiv und investiv)**Gesamtmaßnahme Stadterweiterung Süd/Potsdamer Mitte:**

gesamt Kostenplan:	2018	2019	2020
Aufwand:	3.480.000 EUR	3.120.000 EUR	3.560.000 EUR
Ertrag:	1.800.000 EUR	2.000.000 EUR	2.000.000 EUR

Weitere Infos online: <https://buerberebeteiligung.potsdam.de/node/7761>

BüHH 2017, LBB-Nr. 20 (Drucksache: DS 16/SVV/0696 / Beschluss StVV: Prüfauftrag)

●●● GRÜN - Instandsetzung u. Modernisierung Sportplatz zum Kahleberg, Waldstadt

Der Sportplatz zum Kahleberg ist dringend instand zu setzen (Kunstrasen, sanitäre Anlagen, Duschen), zu modernisieren und mit einer Beleuchtung zu versehen.

► **Der Bürgervorschlag wurde von den Stadtverordneten in einen Prüfauftrag geändert.**

Prüfergebnis / Ausblick zur Realisierung: In den vergangenen Jahren wurden Lagercontainer beschafft, eine Reparatur Kunstrasen veranlasst sowie eine Ausbesserung der Laufbahn finanziert. Die Erneuerung des Belages inklusive Errichtung einer Beleuchtungsanlage ist im Zeitraum 2020/2021 geplant.

Welche Mittel wurden bereitgestellt?

2016: Beschaffung Lagercontainer rd.13.800 EUR
 2018: Reparatur Kunstrasen rd. 23.500 EUR
 2019: Instandhaltung/Ausbesserung Laufbahn rd. 2.100 EUR

Kostenplanung 2017:

Aufwand: 9.000 EUR Ertrag: 0 EUR

Kostenergebnis 2017:

Aufwand 0 EUR Ertrag: 0 EUR

Ausblick, Kostenplanung: (2018 bis 2020, insgesamt Aufwand 525.600 EUR)

Kostenplan:	2018	2019	2020	2021
Aufwand:	23.500 EUR	2.100 EUR	500.000 EUR	70.000 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR	0 EUR	0 EUR

Weitere Infos online: <https://buerbeteiligung.potsdam.de/node/7693>